Nummer 10 Pfg.

Auflage über 60000.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Expedition: Neue Graupenstraße 5 und durch Austräger zu beziehen.
Preis pro Woche 30 Pfg.
" " Monat 1.35 Mk.
" für 3 Monate 3.60 "
Durch die Post bezogen 3.75 "
frei ins Haus 4.11 "
wo keine Post am Orte 4.56 "

Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 1206.
Postscheck-Konto Breslau Nr. 5852.

Volkswacht

für Schlesien und „Liegnitzer Volkszeitung“.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Anzeigenpreis beträgt für die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Breslau und Schlesien 25 Pfg., außerhalb 45 Pfg.
Doppelzeile unter Text 1.20 Mk.
Arbeitsmarkt, Wohnungs-, Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
Familien-Nachrichten 25 Pfg.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Fernsprecher: Redaktion Nr. 3141.
Postscheck-Konto Breslau Nr. 5852.

Nr. 143. Breslau, Freitag, den 21. Juni 1918. 29. Jahrgang.

Götzendienst des Geldes.

Wilhelm II. hat am 16. Juni bei seinem 30jährigen Regierungsjubiläum in einer Antwort auf die Hindenburgsche Ansprache folgendes ausgeführt:

Es handelte sich nicht um einen strategischen Feldzug, es handelte sich um den Kampf von zwei Weltanschauungen. Entweder soll die preußisch-deutsch-germanische Weltanschauung — Recht, Freiheit, Ehre und Sitte — in Ehre bleiben, oder die angelsächsische, das bedeutet: dem Götzendienste des Geldes verfallen. Die Völker der Welt arbeiten als Sklaven für die angelsächsische Herrenrasse, die sie unterjocht. Diese beiden Anschauungen ringen miteinander, und da muß die eine unbedingt überwunden werden; und das geht nicht in Tagen und Wochen, auch nicht in einem Jahre.

Von Wilhelm II. haben wir schon oft Ausführungen gehört, die davon zeugen, daß sich die Welt in seinem Kopfe besonders eigenartig malt. Das ist schon an sich bei einem Monarchen verständlich, da ihm die Dinge von seiner Umgebung selten ungeschminkt gezeigt werden, und dazu kommt, daß Wilhelm von jeher die Neigung hatte, die Welt durch eine romantische Brille zu sehen. Für Wilhelm II. ist der Krieg eine Auseinandersetzung zwischen der preußisch-deutsch-germanischen Weltanschauung auf der einen und der angelsächsischen, die seiner Meinung nach einen Götzendienst des Geldes bedeutet, auf der anderen Seite. Diese Ansicht dürfte in sehr weiten Kreisen des deutschen Volkes **nicht** geteilt werden. Wir wissen, daß zwischen England und Deutschland tiefgehende wirtschaftliche und politische Gegensätze vorhanden sind und daß es sich auch für Deutschland bei dem Kriege um wichtige materielle Dinge handelt, wenn auch das deutsche Volk nicht den Erzählungen jener Herren zu glauben braucht, die ihm weismachen wollen, jeder Friede, der nicht nach alldeutschen Wünschen ausfällt, wäre ein Hungerfriede. Gerade die Leute, die gern von sich behaupten, daß sie den echt preußisch-deutschen Geist in Erbpacht genommen haben, machen auch keinen Hehl daraus, daß sie sich von einem erfolgreichen Ausgang des Krieges **wirtschaftliche Vorteile** versprechen. Wir können daher **nicht** finden, daß es mit den Kriegszielen, die in Deutschland von diesen Kreisen verfochten werden, viel anders bestellt ist, wie mit den Kriegszielen der in England herrschenden Schicht, die sich auch von einem erfolgreichen Ausgang des Krieges wirtschaftliche Vorteile verspricht.

Auch im Innern haben wir von dem, was Wilhelm II. die preußisch-deutsch-germanische Weltanschauung nennt, leider wenig zu spüren bekommen. Wir sehen, daß sich viele unserer Volksgenossen **sehr wenig** um Freiheit, Ehre, Recht, Sitte und andere schöne Dinge scheren. Bei dem Kampf ums goldene Kalb ist es auch in Deutschland nie lebhafter hergegangen als jetzt während des Krieges, und gewisse Kreise des Volkes lassen sich vor allem von dem Grundsatz leiten, daß im Kriege „Verdienen“ noch größer geschrieben werden müßte als sonst. Agrarier und Kapitalisten benutzen jede passende Gelegenheit, um den Staat in den Dienst ihrer Erwerbsinteressen zu stellen, und unsere echten Preußen im Dreiklassenhause leugnen es gar nicht, daß sie sich besonders deswegen so energisch gegen das von Wilhelm II. versprochene gleiche Wahlrecht sträuben, weil sie fürchten, daß im Interesse der Allgemeinheit allzu tief in ihren Geldbeutel eingegriffen werden könnte, während die besitzenden Klassen Großbritanniens sich immerhin mit Steuerlasten abgefunden haben, die die in Deutschland von den Wohlhabenden gebrachten Steueropfer erheblich übersteigen. Und was die Unterjochung fremder Völker anbelangt, so wissen wir, daß auch in Deutschland viele sehr einflußreiche Leute durchaus nicht der Meinung sind, daß so etwas in Widerspruch mit dem steht, was sie für die echt preußisch-deutsch-germanische Weltanschauung halten. Wenn sie nicht gerade sämtliche Völker der Welt unterjochen wollen, so liegt das sicher nicht an ihrer Bescheidenheit, sondern nur daran, daß sie sich mit solchen Wünschen allzu lächerlich machen würden. Die Massen des deutschen Volkes wissen, daß sie es mit zwei kapitalistischen Ländern zu tun haben, deren herrschende Klassen eifrig bestrebt sind, **möglichst viel irdischen Mammon** einzuheimsen, und daß **hier wie dort** der Götzendienst des Geldes herrscht. Nicht der Sieg des einen oder des anderen Landes kann diesem Götzendienst ein Ende machen, sondern nur die Befreiung der Völker von den Fesseln des Kapitalismus!

* * *

Das Ergebnis der Offensiven.

Abermalige Zusammenstellung.

Berlin, 20. Juni. Wolffs Bureau stellt noch einmal die Ergebnisse der Offensive zusammen, wie das in letzter Zeit öfter geschehen ist. Es schreibt unter anderem:

Am 21. Juni sind drei Monate deutscher Offensive im Westen vergangen. In dieser Zeit haben sowohl die englischen wie die französischen Heere die **schwersten all ihrer Niederlagen** erlitten, die Initiative verloren und sind vollständig in die Defensive gedrängt worden. Die stolze **Manövrier-Armee Fochs**, die die Entscheidung bringen sollte, besteht als solche **nicht mehr**. Die Gefangenen, die blutigen Verluste des Feindes und die Einbuße an Material haben eine ungeheure Höhe erreicht.

Die Schlacht in Flandern, die Schlacht zwischen der Aisne und Marne und die Kämpfe zwischen Montdidier und Noyon haben bewiesen, daß die Initiative völlig auf deutscher Seite lag. Wie schwer

die blutigen Verluste

der Entente waren, geht allein daraus hervor, daß in immer steigendem Maße amerikanische Regimenter zur Auffüllung der klaffenden englisch-französischen Lücken eingesetzt werden. Die gesamten blutigen Verluste an Toten, Verwundeten und Vermißten betragen nach zuverlässiger vorsichtiger Schätzung auf seiten der Entente **rund eine Million einschließlich der Gefangenen**.

In dem 6820 Quadratkilometer großen Gebiet, das die Entente im Westen innerhalb dreier kurzer Monate verloren hat, befinden sich allein im Sommegebiet 52, in Flandern 37 und an der Aisne 15 Städte mit über tausend Einwohnern.

Die Entente hat an Gefangenen, Geschützen, Maschinengewehren und Gebiet folgende Zahlen verloren: In der großen Schlacht Ende März an Gefangenen über 94 400 Mann, infolge der Niederlage in Flandern 30 573 Mann, bei den schweren Schlägen an der Aisne und Oise über 85 000 Mann, in Summa mit den in der Zeit zwischen den großen Kampfhandlungen gemachten Gefangenen über 212 000 Mann allein an Gefangenen.

An Geschützen

verlor die Entente im Westen an der Somme über 1300, in Flandern über 300, an der Aisne und Oise über 1200, in Summa 2800 Geschütze. An Maschinengewehren verloren die Engländer und Franzosen sowie ihre Hilfsvölker an der Somme und in Flandern 5000, an der Aisne über 2000, an der Oise über 1000 Maschinengewehre, in Summa mehr als 8000. An Gebiet verlor die Entente an der Somme 3450, in Flandern 650, an der Aisne 2470, an der Oise 250 Quadratkilometer, in Summa 6820 Quadratkilometer. Dieses Gebiet umfaßt wichtige strategische Verbindungen und äußerst fruchtbare Landstriche.

Demgegenüber beträgt der **Raumgewinn der Entente** in den großen Kämpfen der vergangenen Jahre an der Somme, bei Arras und in Flandern nur 561 **Quadratkilometer** völlig zerstörten, wertlosen Gebietes.

Das gesamte

eingebaute Material,

Draht, Holz, Eisen, Beton, Telephongerät, Feldbahnen mit gefüllten Depots, Zeltlager, Baracken und dergleichen hat die Entente auf 270 Kilometer angegriffener Frontbreite verloren. Dieser Verlust allein beziffert sich auf Milliarden. Die Neubeschaffung dieser Materialmassen stellt aufs neue die schwersten Anforderungen an die [illegible]

Ein Schritt vorwärts in der Steuergesetzgebung.

Von **Wilhelm Keil**, M. d. R.

Das sogenannte Besitzsteuerkompromiß stellt einen kräftigen Schritt nach vorwärts auf dem Wege zur Reichseinkommens- und Vermögenssteuer dar. Das muß festgestellt werden, wenngleich die einzelstaatlichen Finanzminister gerade die Besteuerung des regulären Einkommens dem Reiche immer noch nicht gestatten wollen. Sie klammern sich noch an das letzte Zipfelchen ihres Prinzips, wonach der Besitz nur von den Bundesstaaten belastet werden darf. Zu Dreiviertel haben sie dieses Prinzip preisgeben müssen, weil eine starke Mehrheit des Reichstages darauf bestand, und sie hätten auch das letzte Viertel noch opfern müssen, wenn die Mehrheit auch in diesem Punkte fest geblieben wäre.

Der von allen Fraktionen des Reichstags mit Ausnahme der Konservativen gestellte Antrag wollte die Summe von 1,2 Milliarden für das Jahr 1918 aufbringen durch eine Kriegsabgabe vom regulären **Einkommen**, durch eine **erhöhte** Kriegsabgabe vom **Mehreinkommen** gegenüber dem Einkommen des letzten Friedensjahres, und durch eine Ergänzungsabgabe vom **Vermögen**. Die erhöhte Kriegsabgabe vom Mehreinkommen und die Ergänzungsabgabe vom Vermögen haben die Finanzminister zugestanden, die Kriegsabgabe vom regulären Einkommen wollen sie dem Reiche nicht zukommen lassen. Es würde dem Reichstag leicht möglich sein, auch in diesem Punkte die Finanzminister zum Nachgeben zu zwingen, wenn er nur wollte. Die Parteien, die hinter dem gemeinsamen Antrage stehen, brauchten sich nur nichts abhandeln zu lassen. Die bundesstaatlichen Finanzminister würden es sicher nicht darauf ankommen lassen, daß der Reichstag das ganze Steuerbukett verwerfen und den Fehlbetrag von etwa drei Milliarden im Etat für 1918 auf Matrikularbeiträge umlegen würde. Nach der Reichsverfassung konnte der Reichstag diesen Weg unbedenklich beschreiten. Wollen doch die Konservativen in dieser Richtung noch weitergehen und nach einem im Ausschuß gestellten Antrag die Einzelstaaten für die Kriegsjahre, nicht nur für das Jahr 1918, mit „erhöhten Leistungen“ zu dem Bedarf des Reichs an Zinsen und laufenden Ausgaben heranziehen. Da die Einzelstaaten zu diesen erhöhten Leistungen nur durch höhere Einkommensbesteuerung befähigt würden, so hieße das, auf dem Umweg über die Einzelstaaten dieselben Einkommen zur Deckung der Reichslasten heranziehen, die auf dem graden Wege zu erfassen dem Reiche verwehrt wird.

Es ist um so bedauerlicher, daß Zentrum, Nationalliberale und Fortschrittler nicht zu den naheliegenden Druckmitteln greifen wollen, um den Bundesrat zur Annahme des Antrags in seinem ganzen Umfang zu bestimmen, weil das reguläre Einkommen bereits einmal Gegenstand der Reichsbesteuerung war. Der Wehrbeitrag von 1913 sah eine gestaffelte Abgabe aller Einkommen von mehr als 5000 Mark vor. Wenn die Finanzminister sich zu diesem Zugeständnis in Friedenszeiten verstanden, so ist kein Grund zu sehen, warum man ihnen das nicht auch angesichts des ungeheuren Geldbedarfs des Reichs im Kriege zumuten darf, zumal der gemeinsame Besitzsteuerantrag nur die Einkommen von mehr als 20 000 Mark heranziehen wollte.

Wenn die Finanzminister nur das Mehreinkommen und das Vermögen der [illegible] gaben, so bedeutet das auch eine Preisgabe ihres Prinzips. Auch Mehreinkommen ist **Einkommen**. Die Unterscheidung zwischen Mehreinkommen und Einkommen ist erst im Kriege eingeführt worden, um besser an die Kriegsgewinne heranzukommen. Daß besondere Besteuerung des Mehreinkommens unter den gegebenen Verhältnissen berechtigt ist, zeigt wohl die unanfechtbare Tatsache, daß in Preußen die Zahl der Zensiten mit einem Jahreseinkommen von **mehr** als 100 000 Mk. von **5215** im Jahre 1914 auf **8926** im Jahre 1917 und die Summe ihres steuerpflichtigen Einkommens im selben Zeitraum von **1265** Millionen auf **2237** Millionen Mark gestiegen ist. Im Jahre 1918 läßt sich von diesen Zensiten in Preußen allein von den Steuersätzen, die der gemeinsame Antrag im Auge hat, eine Mehreinkommensteuer von nahezu einer **halben Milliarde** erheben.

Wie die Steuer vom Mehreinkommen, so ist auch die vom Vermögen eine Einkommensteuer. Die Vermögenssteuer bildet eine Sondersteuer auf das sogenannte fingierte Einkommen. Beachtung verdient auch, daß die Vermögensabgabe progressiv (mit Steigerungssätzen) gestaltet werden soll. Die einzelstaatlichen Vermögenssteuern sind fast sämtlich proportional gestaltet, d. h. es wird ein **einheitlicher** Prozentsatz erhoben von allen Vermögen ohne Rücksicht auf deren Größe. Die von der Sozialdemokratie geforderte Staffelung ist stets abgelehnt worden mit der Begründung, daß die schärfere Erfassung der Riesenvermögen mit Hilfe der Einkommensteuer erfolge und eine nochmalige Steigerung des Steuersatzes beim Vermögen nicht zulässig sei. Jetzt ist man aber bei der **progressiv** gestalteten Vermögenssteuer angelangt. Sie soll mit 1 vom Tausend bei Vermögen von 50 000 Mark beginnen und ansteigend bis zu 5 vom Tausend bei einer Million und darüber.

Die bürgerlichen Mitantragsteller begnügen sich mit diesem Erfolg, weil mit der Mehreinkommensteuer 800 bis 850 Millionen, mit der Vermögenssteuer etwa 400 Millionen, zusammen also etwa die gewünschte Summe von 1,2 Milliarden Reichseinnahmen gewonnen werden könne. Das ist wahrlich kein Grund, auf die Besteuerung des einfachen Einkommens durch das Reich zu verzichten. Denn das Reich darf die liderliche Staatspolitik nicht länger fortsetzen, die es in den Kriegsjahren betrieben hat, wenn es nicht den schlimmsten Gefahren entgegengehen will. Es darf nicht die Milliardenausgaben für die Opfer des Kriegs und selbst die Summen für die Teuerungszulagen an seine Beamten durch **Anleihen** decken. In dieser bedenklichen Finanzwirtschaft liegt auch die Gewißheit begründet, daß die neue Besitzbesteuerung keine einmalige bleiben wird, ob der Krieg bald zu Ende geht oder im nächsten Jahre noch fortdauert. Das Reich braucht im nächsten Jahre auf jeden Fall weitere 8 Milliarden Einnahmen, wenn es seine laufenden Ausgaben durch Steuern decken und nicht auf Schulden nehmen will. Es wird dann nicht nur bei der jetzt zu schaffenden Besteuerung des Vermögens und des Mehreinkommens bleiben, sondern die Besteuerung des [illegible] Einkommens von einer bestimmten Untergrenze an hinzukommen müssen.

* *

Versenkte Schiffe.

Neue U-Boot-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz nach den Meldungen der aus See zurückgekehrten U-Boote: 19 000 Bruttoregistertonnen. Unter zwei Geleitzügen wurden an der Ostküste Englands die beiden großen Dampfer [illegible]

Schlesien und Posen.

Strehlen, 19. Juni. Vom Glück getötet wurde eine Frau von hier, die unerwartet eine größere Erbschaft machte. Die Nachricht hiervon erregte sie derartig in Aufregung, daß sie einen Schlaganfall erlitt, an dem sie nach kurzer Zeit verstarb.

Salzbrunn, 20. Juni. Vergeblich ausgebrochen. Der mehrfach vorbestrafte Bergmann Winkler unternahm nach seiner Einlieferung in das Ortsgefängnis einen dreisten Fluchtversuch, indem er den Wärter beim Betreten der Zelle niederschlug und entsprang. Er eilte in seine [illegible] Wohnung und setzte, als die Verfolger nahten, seine Flucht durch das Niederdorf fort. Dort stellten sich ihm eine Anzahl Personen entgegen, sodaß es gelang, ihn zu überwältigen und [illegible] den Polizeibeamten zu übergeben.

Altwasser, 19. Juni. Ein Opfer der Spielleidenschaft ist hier anscheinend der Bergmann Kimmer geworden. Am Sonnabend abend also am Lohntage der Bergarbeiter, hatten eine Anzahl Bergarbeiter in einem hiesigen Gasthof ziemlich hoch gespielt, wobei es natürlich Gewinner und Verlierer gab. Aus Aerger über seinen Verlust (es sollen mehr als 100 Mark gewesen sein) hat sich dann Kimmer erhängt. Die Art, wie es geschah, sollte für alle Spieler eine Warnung sein. Er hatte nämlich den Strick am Fensterkreuz befestigt, hatte sich die Schlinge um den Hals gelegt und war dann zum Fenster hinausgesprungen und bot so den Einwohnern am Sonntag morgen einen schrecklichen Anblick. Der Erhängte war im Felde und wird sonst als braver Charakter geschildert.

Halbendorf, 20. Juni. Getreidevorräteverheimlicht. Bei einer polizeilicherseits vorgenommenen Haussuchung bei einem Bauergutsbesitzer in Nieder-Halbendorf wurde eine Anzahl Zentner verborgen gehaltenes Getreide, sowie andere verheimlichte Nahrungsmittel zutage gefördert und beschlagnahmt.

Reichenbach, 20. Juni. Entdeckung eines Geheimlagers auf einem Rittergut. Vor einigen Tagen wurde das 800 Morgen große Rittergut Gladishof in Beilau für 540000 Mark von dem Besitzer Mattig an den Landrat Wille in Breslau verkauft. Der Agent, der den Kauf vermitteln sollte, geriet mit dem bisherigen Besitzer in eine Auseinandersetzung, der aus Rache hierfür der Behörde die Anzeige erstattete daß auf dem Rittergut ein großes Geheimlager sei. Die Gendarmerie fand das versteckt angelegte Lager in einem Gewölbe, ließ es öffnen und beschlagnahmte Hunderte von Zentnern Gerste und Hafer, sowie mehrere Zentner Fleischwaren, Rauchfleisch, Speck, Dauerwurst usw. Eine umfassende Untersuchung ist eingeleitet.

Deutsch-Wartenberg, 15. Juni. Wer trägt zur Unzufriedenheit bei? Eine Anzahl Kriegerfrauen in Deutsch-Wartenberg hatten sich an den Kreisausschuß gewandt mit der Bitte, auch ihnen zum notwendigsten Lebensunterhalt die Kriegsunterstützung um 5 Mark monatlich zu erhöhen, wie solche ja schon seit 1. November 1917 in vielen Orten gezahlt wird. Diese Frauen erhielten den Bescheid, daß sie nur arbeiten sollten und werden in dem Bescheid darauf verwiesen, daß man ihnen auch die jetzt gewährte Familienunterstützung überhaupt ganz entziehen könne, wenn sie ohne Grund die Aufnahme von Arbeit verweigern. Also nicht Unterstützungserhöhung sondern Entziehung der Unterstützung wird den Bittstellern auf ihr höfliches Gesuch angedroht.

Wenn die Kreisausschüsse und Landräte so verfahren, dann muß ja die Erbitterung unter den Kriegerfrauen gesteigert, aber nicht beseitigt werden. Die Lage der Kriegerfrauen ist doch wahrlich nicht eine solche, die die Maßnahmen der Behörden auch nur scheinbar als gerechtfertigt erscheinen ließen. Im übrigen wird eine Beschwerde gegen diesen Bescheid des Kreisausschusses an die Regierung folgen.

Eintrachtshütte, 19. Juni. Am Sonntag hielt die Ortsgruppe „Eintrachtshütte-Schwientochlowitz" des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer die erste Mitgliederversammlung ab. Sie war gut besucht. Der erste Kassierer, Kamerad Viktor Woronowski, hielt einen Vortrag über „Ziele und Bestrebungen des Reichsbundes", der mit Beifall aufgenommen wurde. Der erste Vorsitzende, Emil Woronowski besprach dann noch verschiedene Angelegenheiten, so besonders über die Rechtspflege, sowie die Hinterbliebenen gefallener Kameraden erhalten kostenlose Rechtsauskunft beim Kassierer Viktor Woronowski, Schwientochlowitz Schwarzwaldstraße 8. Mit der Mahnung an die Kameraden, daß sich alle an der Agitation beteiligen möchten, schloß der Vorsitzende die Versammlung. Wir können mit den Fortschritten, die wir hier schon gemacht haben, sehr zufrieden sein. Nähere Auskunft erteilt gern der Vorsitzend Emil Woronowski, Eintrachtshütte OS., [illegible]straße 22, sowie der Kassierer.

Gleiwitz, 19. Juni. Waldbrand im Stadtwald. Am 16. Juni mittags brach im hiesigen Stadtwald, etwa 150 Meter von der Bergwerkstraße entfernt, ein Waldbrand aus. Feuerwehr trat in Tätigkeit. Der Schaden ist nicht sehr bedeutend, da nur wenige Bäume beschädigt sind.

Beuthen, 20. Juni. Der höchste Schornstein. Nach der im vorigen Jahre erfolgten Fertigstellung der beiden 110 Meter hohen Schornsteine der Re[illegible]werke in Chorzow waren diese die höchsten Schornsteine in Oberschlesien. Der Schornstein des im Bau begriffenen großen elektrischen Kraftwerkes der Schaffgotschschen Werke, das mit einem Kostenaufwande von mehreren Millionen Mark bei Beuthen errichtet wird, wird sie noch übertreffen, denn er soll eine Höhe von 120 Metern erhalten. Der Bau dieses Riesenschornsteins schreitet rüstig vorwärts.

Gleiwitz, 20. Juni. Gegen zwei „Roßfleischwarenfabrikanten", die ihre Mitmenschen um 12000 Mark betrogen haben, verhandelte die hiesige Strafkammer. Der frühere Kaufmann Habiera aus Hindenburg und der Fleischer Plocica aus Königshütte haben in vielen auswärtigen Zeitungen bekannt gegeben, daß sie Roßfleischwaren in großen Mengen fabrizierten und zur Verfügung hätten. Bei jeder Bestellung war die Bedingung gestellt, daß der halbe Preis vorausgezahlt werden mußte. Ein Stall auf der Guidostraße diente als „Wurstfabrik"; an die Absendung von Roßfleisch und Roßwurst dachten sie nicht und verkauften nur etwas im Orte, um den Anschein einer Fabrikation zu erwecken. Auf diese Weise brachten sie obige Summe zusammen; die Gelder kamen aus allen Teilen Deutschlands. Habiera wurde zu 5 Jahren Zuchthaus, Plocica zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Eingesandt.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem Leserkreise, für die wir nur die preßgesetzliche Verantwortung übernehmen. Die Redaktion.)

Die Wohnungsnot.

Ich mußte mich um Wohnung umsehen. Da kam ich Hirschstraße 68, wo zwei Wohnungen zu vermieten sind, eine für 28 Mark und eine für 30 Mark. Mir war es gleich, welche ich bekommen hätte, doch bewarb ich mich zunächst um eine größere. Als ich mit der Tochter der Wirtin hinauf kam, sagte ihr der Mieter: Sie sind wohl nicht recht gescheit. Es fällt mir garnicht ein die Wohnung zu zeigen, ich habe nicht gekündigt." Die Tochter ging die Treppe hinunter und sagte, sie werde zum Rechtsanwalt gehen und bestellte mich für den nächsten Tag. Dabei fragte sie mich aber auch, wie viel Kinder ich hätte und als ich sagte, daß ich drei Kinder habe, war sie wie umgewandelt. Als ich den andern Tag hinkam gab sie mir die Antwort, sie hätte jungen Leuten die eine Wohnung vermietet und die große sei erst zum Oktober. Acht Tage später fiel mir ein, eine bekannte Frau hinzuschicken, um zu fragen, ob die Wohnung noch zu vermieten sei. Da bekam sie denselben Bescheid wie ich, weil sie von drei Kindern sprach. Die Tochter sagte: „Da werde ich mal meine Muttel darüber fragen, da kommen Sie morgen Bescheid holen." Als die Frau am andern Tag hinkam, sagte die Gastwirtin, die Wohnung werde an Leute mit Kindern nicht vermietet. Da soll man wohl die Kinder umbringen daß man bloß Wohnung bekommt? Von der Regierung wird geschrieben, daß Leute mit Kindern bevorzugt werden sollen. Frau Koische aber will keine Kinder in ihrem Hause, sie selbst hat noch ein kleines Kind. Dabei sitzt die Frau in der Kneipe und wartet auf die Arbeiterpfennige. Was sollen die Familien sagen wo fünf und noch mehr Kinder sind. Solchen Hausbesitzern müßte energisch entgegengetreten werden.

Briefkasten.

Alle mündlichen und schriftlichen Anfragen (mit Ausnahme der Anfragen von Feldpost-Lesern), werden nur gegen eine Bezugs-Quittung der „Volkswacht" erteilt. Briefliche Auskunft wird nur an auswärtige Leser in dringenden Fällen erteilt, an Breslauer Leser nicht.

Einjährig. Das wird sich wohl kaum machen lassen, denn die nötige Vorbildung fehlt. Wir empfehlen Ihnen, sich an Ihre Vorgesetzten zu wenden; die werden Ihnen alles Nähere angeben.

Landstm. T. Solche Unterstützung gibt es. Ihre Frau muß sich wegen der Wehrunterstützung an den Gemeindevorsteher oder an den Magistrat wenden und wegen der Vermißtenlöhnung an das Bataillon schreiben, wo der Sohn gestanden hat.

R. P. 44. Es ist zweifelhaft, ob ein Gesuch den gewünschten Erfolg hat; schreiben Sie an den Zivilvorsitzenden der Ersatzkommission (Landrat).

E. 7. 1. Den Zahnarzt könnten Sie nur verantwortlich machen, wenn ihm nachzuweisen wäre, daß er seine Arbeit schlecht gemacht hat. Immerhin empfiehlt es sich, die Sache der Landes-Versicherungsanstalt und der Krankenkasse zu melden. 2. Es ist zweckmäßig, diese Ausweise mitzunehmen.

Landstm. F. N. Nur Schwerverwundete oder Schwerkranke sollen nach ihrer Entlassung aus dem Lazarett einen Urlaub erhalten. Die Leichtverwundeten und Leichtkranken können sofort nach der Entlassung aus dem Lazarett wieder ins Feld geschickt werden. Wir haben das schon vor einigen Wochen mitgeteilt.

M. N., Bärenstraße. Nach unserer Ansicht sind diese Abzüge zulässig. Gehen Sie nur ins Arbeiter-Sekretariat; dort wird schon die Sache weiter verfolgt werden.

Kraftf. P. V. Das können Sie; wir empfehlen Ihnen, sich an den Ortsausschuß für Kriegsverletztenfürsorge in Breslau I, An der Elisabethkirche 3/4, zu wenden.

Frau R. in Neumarkt. 1. Sie haben keinen gesetzlichen Anspruch auf Aussteuer. 2. Der Lohn mußte bald vom Bruder verlangt werden; jetzt ist gar nichts mehr zu machen. Ihr Mutterteil müssen Sie bekommen. Gibts der Vater nicht gutwillig, so ist er zu verklagen. 3. Sie müssen sich mit dem Vater darüber einigen, denn er kann es ablehnen. 4. Ja.

Der Panamakanal
Seine Entstehung und Bedeutung
von
John Foster Fraser
mit 46 Abbildungen und 2 Karten
bisher Mk. 3.—, nur Mk. **1,50**
Buchhandlg. Volkswacht
moderues Antiquariat.

Erscheint 3 mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Alkoholfreie Getränke.
Bilz-Sinalco.
Brauns-Brause.
Gesundbrunnen, Matthiasstr. 128, Alfina.
Thomas Brause, Hubenstr. 84. Telephon 2311.

Bäckereien und Konditoreien.
Fritsch, Carl, Oderstraße 29.
Ziegan, Jul., Steinauerstr. 8.

Berufskleidung, Wäsche.
Mawlol, J., Kupferschmiedestr. 42

Bier-Brauereien, Bier-Verleger.
Blauer Adler, Schuhbrücke 57, Inh.: E. Jahn, Haasjerbier. Vorzügliche Küche.
Brauerei Zum Nußbaum, eingetr. Genossenschaft m. b. H.
Grüner Pollak, Reuschestr. 64, P. Quabius.
Hübner, Max, Fr.-Wilhelmstr. 47
Kern, Josef, Oderstraße 3.
Menzel, F., Kupferschmiedestr. 5/6
Mitschke, Paul, Nikolaistr. 53.
Schiel, Franz jr., Hubenstr. 76.
Vogel, E., Reuschestraße 28.
[illegible] f. F., Brauerei, Neumarkt.

Blusen — Röcke.
Neuheiten, Gartenstraße 22. 1, schrägüb. d. Markth.

Drogen und Farben.
Habermann, P., vorm.: P. Ließ, Trebnitzerstr. 12

Eisen- u. Stahlwaren.
Engel & Senf, Gräbschenerstr. 30
Alzebig, D., Weidenstraße 18, (Messerschmiede)
v. Tschischik, A., Nchf. Klosterst. 75

Eisenwaren- und Werkzeughandlung.
Scholz, Fritz, Matthiasstr. 91/93 Telefon 2162.

Fahrräder und Nähmaschinen.
Fahrrad-Haus „Frisch auf", [illegible] Nikolaistr.

Färberei u. Wäscherei.
[illegible], Inh.: [illegible]straße 21, Adalbertstr. 78, Gräbschener[illegible] 131. Telefon 5630.
[illegible] Färberei und [illegible]

Fische, Räucherfischwaren u. Delikatessen.
Altonaer Fischhalle
Breslau I, Herrenstr. 3/4 Fernspr. 7071 am Blücherplatz.
Aberle, With., Matthiasstr. 159
D. D.-G. „Nordsee" Schmiedebrücke 19 rechts vom Ring aus.

Fleischereien und Wurstfabriken.
Becker, A., Nchf. E. Schneider, Tauentzienstraße 15.
Boer, Kurt, Heinrichstr. 19a.
Dietrich, Rudolf, Ohlauerstr. 30.
Heinrich, A., Schwenkfeldstr. 31, Ecke Brigittenthal.
Jacob, Max, Lehmdammstr. 83.
Kriche, H., Fried.-Wilhelmstr. 92.
Kaske, Karl, Klosterstraße 11.
Kümmel, F., Fr.-Wilhelmstr. 107
Lorenz, Carl, Ohlauerstr. 31
Meinhold, Richard, Neumarkt 14
Merettig, Paul, Matthiasstr. 148
Papst, Reinhold, Promnitzstr. 54.
Petroll, Friedr., Leuthenstr. 29.
Pflug, Carl, Bärenstraße 50.
Radermacher, Gust., Berlinerstr. 18
Schiewed, Rob., Steinauerstr. 38
Schmidt, Jul., Matthiasstr. 174.
Scholz, Georg, Bärenstraße 11.
Stenzel, Jos., Frankfurterstr. 169
Strichel, Gustav, Nikolaistr. 70

Galanterie- u. Spielwaren
Gebr. J. Benjamin, Schmiedebrücke 12, 1. Viertel v. Ringe.
Renner, Rud., Fr.-Wilhelmstr. 76

Gardinen, Teppiche
Bielschowsky Ed. jr., Nikolaistr. 75—76

Gasthäuser u. Hotels.
Hotel und Gasthof zum alten Viehkrug, Schweritstraße 7.

Haus- u. Küchengeräte Glas- u. Porzellanhdlg.
Hauschild, P. jr. Fr.-Wilhelmst. 89
Renner, Rud., Fr.-Wilhelmstr. 76
Rothe, Arno, Gräbschenerstr. 25
Sachs, Herm., Nf., Adalbertst. 20
Schmiedel, A., Kl. Scheitnigerstr. 11. Tel. 1790.

Herren-Garderobe.
Chorinsky & Jacobsohn, Reuschestraße 60/61.
Zapf, Klosterstraße 67, Spez.: Arb.-Garderobe.
Meister, Gebr., Albrechtstraße 40.

Hüte und Mützen.
Martin, [illegible], Gräbschenerstr. 12, Reichstraße 50, Adalbertstr. 2
[illegible], Schmiedebr. [illegible] u. f. Unter[illegible]

Kinematographen.
Eden-Theater Nikolai-Str. 27.

Kolonialwaren
Schönfelder, M., Fr.-Wilhelmstr. 7

Konfitüren und Schokoladen.
Neumann, C. Gottlieb, Altbüßerstraße 45.
Kaffer, E., Matthiasstraße 105
Pohl, R., Neumarkt u. Filialen Fabrik: Matthiasstr. 97
Schneider, M., XVII, Bärenstr. 6

Korsetts.
Fischer, Hulda, Kupferschmdest. 17

Lederwaren u. Sattlerei.
Kämpf, Emil, Fr.-Wilhelmstr. 34

Margarine — Lebensmittel.
E. Abraham, Fr.-Wilhelmstr. 12 (Wachtplatz).
Trinkt nur Ge-He-Bre-Tee a. d. Teeversandhaus Elbingstr. 3, I.

Manufaktur-Modewaren
Damen- und Mädchen-Bekleidung: Kostüme: Kleider Mäntel: Jacketts Blusen und Röcke aus Wolle, Voile oder Seide i. groß. Auswahl am Lager. Preise solide — streng fest.
Heinrich's Konfektionshaus Reuschestr. 11/12. — Tel. 5812.
Lieferant des Konsumvereins „Vorwärts".

Hahmuths Nf., Fr.-Wilhelmst. 95
Simon, C., Scheitnigerstr. 11, Leinen u. Wäsche.

Milch- und Butterhandlungen.
Bresl. Molkerei, E. G., Berlinerstr. Nr. 60/62
Spez.: Flaschenmilch für Kinder u. Yoghurt. Alle Waren durch Verkaufswagen frei Haus.
Deutschel, Alois, Brunnenst. 34, pt.
Kuhstall, Tauentzienstraße 87, Spez.: Buttermilch.
Kroll, E., Alsenstraße 21.
Lüdde, Hugo, 26 Filialen in all. Stadtteilen

Möbel-Magazine.
Wiesel, Max, Brüderstraße 5.
Karsunky & Co. [illegible]

Musikalien-Instrumente.
Musikhaus Jeske, Fr.-Wilhelmst. 89, Grammophone, Schallplatten, Mundharmonikas

Papier- u. Schreibwaren.
[illegible]

Konsum- u. Sparverein „Vorwärts" für Breslau und Umgegend e. G. m. b. H.
Arbeiter spart Euer Geld in der Sparkasse des Konsumvereins „Vorwärts."
Spargelder werden mit 4 Prozent verzinst

Pfandleihen und Gelegenheitskäufe.
Bennschitzki, Ketzerberg 17/19.
Koenig, Artur, Alsenstraße 48.
Rudolph, Weidenstraße 47 (Uhren, Anzüge.)
Grundmann, Jul., Trebnitzer-Str. 21. Anzüge, Uhr., Wäsche.

Photograph. Ateliers.
Hahn, B., Gust.-Freytagstr. 3, Salvatorkirche.

Restaurateure.
Allert, W., Trebnitzerstraße 50.
Herrmann, W., Frankfurterst. 174
Hohenzollern-Garten Gute Küche z. ll. Preis. Jed. Montag u. Donnerstag: Freikonzert.

Putz, Modes.
Lukaschel, Anna Fr.-Wilhstr. 59.

Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft in Hamburg.
Versichert Euch und Eure Kinder nur in der Volksfürsorge!
Die Volksfürsorge allein verwendet die eingezahlten Prämien ausschließlich zum Wohle der Versicherten.
Kein Verfall von Versicherungen!
Wer eine Versicherung abschließen will, gebe seine Adresse im Arbeiter-Sekretariat, in seinem Verbandsbureau, in einem Lager des Konsumvereins „Vorwärts" oder direkt im Bureau der Volksfürsorge, Margaretenstraße 17, Zimmer 35, ab.

Schankwirtschaften.
Burghardt, W., Mehlgasse 13 (Bahnhof)
Epstein, Adolph, Grauvenstr. 13.
Feldt & Kleinert, [illegible] 2.
Hennig, H., Hinterbleiche 5/6
Hentschel E., Inh.: P. Menzel, Rhederstraße 3
Hentschel, Paul, Ferostr. 27. Telefon 8819.
Nitschke Reinr. (Inh. G. Seidel) Reuscheftr. 54.
Pohl, Hermann, Matthiasstr. 7.
Rud Borolla, Mehlg. 45/47.
Raschke, B., Frankfurterstr. 88, Telefon 1111.
Schirdewan, C., Klosterstraße 104, Fried.-Wilhelmstraße 45, Katharinenstraße 9, Blücherplatz 11, Matthiasstr. 102, Neudorfstr. 68, Messergasse 33, Ecke Schmiedebr.
Schirdewan-Niederl., Teichstr. 23
Schumm, A., Scheitnigerstr. 20.
Ullrich, B., Michaelisstraße, Ecke Weinstraße.
Waehner, J. Rauchfuß, Scheitnigerstr. 33, Tel. 8772
Weise, Reinh., Schlegelwerderstr. 80

Sargmagazine.
Benedix, Geb., Fr.-Wilhelmst. 1, Ecke Königsplatz.

Schirme, Stöcke.
Reusche, Karl, Leuthenstraße 11.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Christmann, Inh.: Koch, Scheitnigerstr. 36.
Moß, Carl, Fried.-Wilhelmst. 22.
Munder, Paul, Fr.-Wilhelmst. 68

Trauer-Kleidung.
Benedix, A., Ring 1, Ecke Nikolaistr.

Trauerschleier.
Freudenthal & Steinberg Nachf., Groß- u. Kleinverkauf, Schloßstr. 2

Verkehrs-Institut.
Gelbe Radler, Telefon 10000, 4315, 4340.

Waren- u. Kaufhäuser.
Kaufhaus „Adler" Fürstenstraße 2.
Kaufhaus Jul. Friedländer, Neudorfstr. 70.

Wäsche, Trikotagen.
Bartsch, M., Tauentzienstr. 173.
Bähnisch, Carl, Fr.-Wilhelmst. 21

Bielschowsky Ed. jr., Nikolaistr. 75—76.
Friedländer, G., Sonnenstr. 30, Ecke Trinitasstr.
Hausschner, Fr., Grauvenst. 13.

Weiss- u. Wollwaren.
Hoffmann, Auguste, [illegible] 61
Kaufh. H. Roß, Fr.-Wilh.-Instr. 92 [illegible] Rabatt.
König, Karoline, Arbeiter-Konfektion, Rosenthalerst. 24
Langer, E., Posenerstr. 23. 5% Rab.
Mädler, Alw. Friedrich Wilhelmstraße 14 am Wachplatz.
Tschirschky, Georg, Enderstr. 15

Werkzeuge, Baubeschläge.
Füllborn, Rob., Nf., Altbüßerst. 12

Wild und Geflügel.
Adler, L., Oderstraße 2.

Zahn-Ateliers.
Martha Grellert, Augustastr. 151
Rottwitz, Paul, A. d. Magdalenenkirche 6, I

Zahntechnik.
Karl Titus Hering, Ohlauerst. 45, II Telefon 7273.

Zigarren u. Zigaretten.
Guttmann, E., Carlsplatz 2.
Klinkig, Posenerstraße 1. Fil.: Augustast. 12
Malwald, Georg, Trebnitzerstr. 60
Rolle, E., (Inh.: Karl Mahler), Paulstraße 9.
Seidel, Herm., Rosenthalerstr. 16

Scheitniger Lokale.
Wirth, Karl, Fürstenstr. 103.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Brieg
Arbeiter-Konfektion.
Mildner, L., Aepfelstraße 1.
Bierbrauereien.
Brieger Stadtbrauerei A.-G.
Bürgerl. Brauhaus, E. G. m. b. H.
Holz- u. Kohlenhandlung.
Triller, Carl, Neuhäuserstr. 55.
Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Urbanczik, L., Zollstr. 11/12, Schuhwaren.
Kurz-, Weiss- u. Wollwaren.
Sächsischer Waren-Bazar, D. David, Ring Nr. 27.
Schwedenberg, E., Zollstr. 30.
Uhren und Goldwaren.
F. Scheibner, Zollstraße 5.

Ohlau
Möbel, Konfektion, Schuhwaren.
Kreusel, Karl, Ring
Manufakturwaren, Damen- und Herren-Konfektion.
Jobels Nachfolger, Fernspr. 109.

Nähere Umgebung Breslaus.

Cosel
Bäckerei.
Starker, Franz [illegible]

Dt.-Lissa-Stabelwitz.
Arbeiter-Bekleidung, Schuhwaren.
Brauer, Kaufh., Breslauerstr. 19
Manufakturwaren, Arbeiterkonfektion.
Bresl. Engros-Lager, Breslauerstraße 1.

Lokale a. d. Oder
Restaurateure.
Z. Lindenpark, Inh.: J. Poremba, Grüneiche.

Oswitz
Restaurateure.
Schaube, Wilhelm, Oswitz.

Gr.-Mochbern
Schnittwaren, Kolonialw.
Engel, Max, Groß-Mochbern

Rosenthal
Restaurateure.
[illegible] a. 11 000 Jungfrauen[illegible]

Kl.-Tschansch
Bäckerei.
[illegible]
Kolonialwaren.
Freitag, Wilhelm, Chaussee 31

Nummer 10 Pfg.

Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Expedition: Neue Graupenstraße 5 und durch Austräger zu beziehen. Preis pro Woche 30 Pfg., Monat 1.25 Mk., für 3 Monate 3.60 „ Durch die Post bezogen 3.75 „ frei ins Haus 4.17 „ wo keine Post am Orte 4.56 „

Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 1206.

Postscheck-Konto Breslau Nr. 5852.

Volkswacht

für Schlesien und „Liegnitzer Volkszeitung".

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Auflage über 60000.

Anzeigenpreis beträgt für die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Breslau und Schlesien 25 Pfg., außerhalb 35 Pfg. Doppelzeile unter Text 1.20 Mk. Arbeitsmarkt, Wohnungs-, Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Familien-Nachrichten 25 Pfg. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Fernsprecher: Redaktion Nr. 3141.

Postscheck-Konto Breslau Nr. 5852.

Nr. 143. Breslau, Freitag, den 21. Juni 1918. 29. Jahrgang.

Götzendienst des Geldes.

Wilhelm II. hat am 16. Juni bei seinem 30jährigen Regierungsjubiläum in einer Antwort auf die Hindenburgsche Ansprache folgendes ausgeführt:

Es handelte sich nicht um einen strategischen Feldzug, es handelte sich um den Kampf von zwei Weltanschauungen. **Entweder soll die preußisch-deutsch-germanische Weltanschauung — Recht, Freiheit, Ehre und Sitte — in Ehre bleiben, oder die angelsächsische, das bedeutet: dem Götzendienste des Geldes verfallen.** Die Völker der Welt arbeiten als Sklaven für die angelsächsische Herrenrasse, die sie unterjocht. Diese beiden Anschauungen ringen miteinander, und da muß die eine unbedingt überwunden werden; und das geht nicht in Tagen und Wochen, auch nicht in einem Jahre.

Von Wilhelm II. haben wir schon oft Ausführungen gehört, die davon zeugen, daß sich die Welt in seinem Kopfe besonders eigenartig malt. Das ist schon an sich bei einem Monarchen verständlich, da ihm die Dinge von seiner Umgebung selten ungeschminkt gezeigt werden, und dazu kommt, daß Wilhelm von jeher die Neigung hatte, die Welt durch eine romantische Brille zu sehen. Für Wilhelm II. ist der Krieg eine Auseinandersetzung zwischen der preußisch-deutsch-germanischen Weltanschauung auf der einen und der angelsächsischen, die seiner Meinung nach einen Götzendienst des Geldes bedeutet, auf der anderen Seite. Diese Ansicht dürfte in sehr weiten Kreisen des deutschen Volkes **nicht** geteilt werden. Wir wissen, daß zwischen England und Deutschland tiefgehende wirtschaftliche und politische Gegensätze vorhanden sind und daß es sich auch für Deutschland bei dem Kriege um wichtige materielle Dinge handelt, wenn auch das deutsche Volk nicht den Erzählungen jener Herren zu glauben braucht, die ihm weismachen wollen, jeder Friede, der nicht nach alldeutschen Wünschen ausfällt, wäre ein Hungerfriede. Gerade die Leute, die gern von sich behaupten, daß sie den echt preußisch-deutschen Geist in Erbpacht genommen haben, machen auch keinen Hehl daraus, daß sie sich von einem erfolgreichen Ausgang des Krieges **wirtschaftliche Vorteile** versprechen. Wir können daher **nicht** finden, daß es mit den Kriegszielen, die in Deutschland von diesen Kreisen verfochten werden, viel anders bestellt ist, wie mit den Kriegszielen der in England herrschenden Schicht, die sich auch von einem erfolgreichen Ausgang des Krieges wirtschaftliche Vorteile verspricht.

Auch im Innern haben wir von dem, was Wilhelm II. die preußisch-deutsch-germanische Weltanschauung nennt, leider wenig zu spüren bekommen. Wir sehen, daß sich viele unserer Volksgenossen **sehr wenig** um Freiheit, Ehre, Recht, Sitte und andere schöne Dinge scheren. Bei dem Kampf ums goldene Kalb ist es auch in Deutschland nie lebhafter hergegangen als jetzt während des Krieges, und gewisse Kreise des Volks lassen sich vor allem von dem Grundsatz leiten, daß im Kriege „Verdienen" noch größer geschrieben werden müßte als sonst. Agrarier und Kapitalisten benutzen jede passende Gelegenheit, um den Staat in den Dienst ihrer Erwerbsinteressen zu stellen, und unsere echten Preußen im Dreiklassenhause leugnen es gar nicht, daß sie sich besonders deswegen so energisch gegen das von Wilhelm II. versprochene gleiche Wahlrecht sträuben, weil sie fürchten, daß im Interesse der Allgemeinheit allzu tief in ihren Geldbeutel eingegriffen werden könnte, während die besitzenden Klassen Großbritanniens sich immerhin mit Steuerlasten abgefunden haben, die die in Deutschland von den Wohlhabenden gebrachten Steueropfer erheblich übersteigen. Und was die Unterjochung fremder Völker anbelangt, so wissen wir, daß auch in Deutschland viele sehr einflußreiche Leute durchaus nicht der Meinung sind, daß so etwas in Widerspruch mit dem steht, was sie für die echt preußisch-deutsch-germanische Weltanschauung halten. Wenn sie nicht gerade sämtliche Völker der Welt unterjochen wollen, so liegt das sicher nicht an ihrer Bescheidenheit, sondern nur daran, daß sie sich mit solchen Wünschen allzu lächerlich machen würden. Die Massen des deutschen Volkes wissen, daß sie es mit zwei kapitalistischen Ländern zu tun haben, deren herrschende Klassen eifrig bestrebt sind, **möglichst viel irdischen Mammon** einzuheimsen, und daß **hier wie dort** der Götzendienst des Geldes herrscht. Nicht der Sieg des einen oder des anderen Landes kann diesem Götzendienst ein Ende machen, sondern nur die Befreiung der Völker von den Fesseln des Kapitalismus!

* * *

Das Ergebnis der Offensiven.

Abermalige Zusammenstellung.

Berlin, 20. Juni. Wolffs Bureau stellt noch einmal die Ergebnisse der Offensive zusammen, wie das in letzter Zeit öfter geschehen ist. Es schreibt unter anderem:

Am 21. Juni sind drei Monate deutscher Offensive im Westen vergangen. In dieser Zeit haben sowohl die englischen wie die französischen Heere die schwersten all ihrer Niederlagen erlitten, die Initiative verloren und sind vollständig in die Defensive gedrängt worden. Die stolze Manövrier-Armee Fochs, die die Entscheidung bringen sollte, besteht als solche nicht mehr. Die Gefangenen, die blutigen Verluste des Feindes und die Einbuße an Material haben eine ungeheure Höhe erreicht.

Die Schlacht in Flandern, die Schlacht zwischen der Aisne und Marne und die Kämpfe zwischen Montdidier und Noyon haben bewiesen, daß die Initiative völlig auf deutscher Seite lag. Wie schwer

die blutigen Verluste

der Entente waren, geht allein daraus hervor, daß in immer steigendem Maße amerikanische Regimenter zur Auffüllung der klaffenden englisch-französischen Lücken eingesetzt werden. Die gesamten blutigen Verluste an Toten, Verwundeten und Vermißten betragen nach zuverlässiger vorsichtiger Schätzung auf seiten der Entente rund eine Million einschließlich der Gefangenen.

In dem 6820 Quadratkilometer großen Gebiet, das die Entente im Westen innerhalb dreier kurzer Monate verloren hat, befinden sich allein im Sommegebiet 52, in Flandern 37 und an der Aisne 15 Städte mit über tausend Einwohnern.

Die Entente hat an Gefangenen, Geschützen, Maschinengewehren und Gebiet folgende Zahlen verloren: In der großen Schlacht Ende März an Gefangenen über 94 400 Mann, infolge der Niederlage in Flandern 30 575 Mann, bei den schweren Schlägen an der Aisne und Oise über 85 000 Mann, in Summa mit den in der Zeit zwischen den großen Kampfhandlungen gemachten Gefangenen über 212 000 Mann allein an Gefangenen.

An Geschützen

verlor die Entente im Westen an der Somme über 1300, in Flandern über 300, an der Aisne und Oise über 1200, in Summa 2800 Geschütze. An Maschinengewehren verloren die Engländer und Franzosen sowie ihre Hilfsvölker an der Somme und in Flandern 5000, an der Aisne über 2000, an der Oise über 1000 Maschinengewehre, in Summa mehr als 8000. An Gebiet verlor die Entente an der Somme 3450, in Flandern 650, an der Aisne 2470, an der Oise 250 Quadratkilometer, in Summa 6820 Quadratkilometer. Dieses Gebiet umfaßt wichtige strategische Verbindungen und äußerst fruchtbare Landstriche.

Demgegenüber beträgt der **Raumgewinn der Entente** in den großen Kämpfen der vergangenen Jahre an der Somme, bei Arras und in Flandern nur **561 Quadratkilometer** völlig zerstörten, wertlosen Gebietes.

Das gesamte

eingebaute Material,

Draht, Holz, Eisen, Beton, Telephongerät, Feldbahnen mit gefüllten Depots, Zeltlager, Baracken und dergleichen hat die Entente auf 270 Kilometer angegriffener Frontbreite verloren. Dieser Verlust allein beziffert sich auf Milliarden. Die Neubeschaffung dieser Materialmassen stellt aufs neue die schwersten Anforderungen an die [illegible]

Ein Schritt vorwärts in der Steuergesetzgebung.

Von Wilhelm Keil, M. d. R.

Das sogenannte Besitzsteuerkompromiß stellt einen kräftigen Schritt nach vorwärts auf dem Wege zur Reichseinkommens- und Vermögenssteuer dar. Das muß festgestellt werden, wenngleich die einzelstaatlichen Finanzminister gerade die Besteuerung des regulären Einkommens dem Reiche immer noch nicht gestatten wollen. Sie klammern sich noch an das letzte Zipfelchen ihres Prinzips, wonach der Besitz nur von den Bundesstaaten belastet werden darf. Zu Dreiviertel haben sie dieses Prinzip preisgeben müssen, weil eine starke Mehrheit des Reichstages darauf bestand, und sie hätten auch das letzte Viertel noch opfern müssen, wenn die Mehrheit auch in diesem Punkte fest geblieben wäre.

Der von allen Fraktionen des Reichstags mit Ausnahme der Konservativen gestellte Antrag wollte die Summe von 1,2 Milliarden für das Jahr 1918 aufbringen durch eine Kriegsabgabe vom regulären **Einkommen**, durch eine **erhöhte** Kriegsabgabe vom **Mehreinkommen** gegenüber dem Einkommen des letzten Friedensjahres, und durch eine Ergänzungsabgabe vom **Vermögen**. Die erhöhte Kriegsabgabe vom Mehreinkommen und die Ergänzungsabgabe vom Vermögen haben die Finanzminister zugestanden, die Kriegsabgabe vom regulären Einkommen wollen sie dem Reiche nicht zukommen lassen. Es würde dem Reichstag leicht möglich sein, auch in diesem Punkte die Finanzminister zum Nachgeben zu zwingen, wenn er nur wollte. Die Parteien, die hinter dem gemeinsamen Antrage stehen, brauchten sich nur nichts abhandeln zu lassen. Die bundesstaatlichen Finanzminister würden es sicher nicht darauf ankommen lassen, daß der Reichstag das ganze Steuerbukett verwerfen und den Fehlbetrag von etwa drei Milliarden im Etat für 1918 auf Matrikularbeiträge umlegen würde. Nach der Reichsverfassung konnte der Reichstag diesen Weg unbedenklich beschreiten. Wollen doch die Konservativen in dieser Richtung noch weitergehen und nach einem im Ausschuß gestellten Antrag die Einzelstaaten für die Kriegsjahre, nicht nur für das Jahr 1918, mit „erhöhten Leistungen" zu dem Bedarf des Reichs an Zinsen und laufenden Ausgaben heranziehen. Da die Einzelstaaten zu diesen erhöhten Leistungen nur durch höhere Einkommensbesteuerung befähigt würden, so hieße das, auf dem Umweg über die Einzelstaaten dieselben Einkommen zur Deckung der Reichslasten heranziehen, die auf dem graden Wege zu erfassen dem Reiche verwehrt wird.

Es ist um so bedauerlicher, daß Zentrum, Nationalliberale und Fortschrittler nicht zu den naheliegenden Druckmitteln greifen wollen, um den Bundesrat zur Annahme des Antrags in seinem ganzen Umfang zu bestimmen, weil das reguläre Einkommen bereits einmal Gegenstand der Reichsbesteuerung war. Der Wehrbeitrag von 1913 sah eine gestaffelte Abgabe aller Einkommen von mehr als 5000 Mark vor. Wenn die Finanzminister sich zu diesem Zugeständnis in Friedenszeiten verstanden, so ist kein Grund zu sehen, warum man ihnen das nicht auch angesichts des ungeheuren Geldbedarfs des Reichs im Kriege zumuten darf, zumal der gemeinsame Besitzsteuerantrag nur die Einkommen von mehr als 20 000 Mark heranziehen wollte.

Wenn die Finanzminister nur das Mehreinkommen und das Vermögen der [illegible] gaben, so bedeutet das auch eine Preisgabe ihres Prinzips. Auch Mehreinkommen ist **Einkommen**. Die Unterscheidung zwischen Mehreinkommen und Einkommen ist erst im Kriege eingeführt worden, um besser an die Kriegsgewinne heranzukommen. Daß besondere Besteuerung des Mehreinkommens unter den gegebenen Verhältnissen berechtigt ist, zeigt wohl die unanfechtbare Tatsache, daß in Preußen die Zahl der Zensiten mit einem Jahreseinkommen von **mehr** als 100 000 Mk. von **5215** im Jahre 1914 auf **8926** im Jahre 1917 und die Summe ihres steuerpflichtigen Einkommens im selben Zeitraum von **1265** Millionen auf **2237** Millionen Mark gestiegen ist. Im Jahre 1918 läßt sich von diesen Zensiten in Preußen allein von den Steuersätzen, die der gemeinsame Antrag im Auge hat, eine Mehreinkommensteuer von nahezu einer **halben Milliarde** erheben.

Wie die Steuer vom Mehreinkommen, so ist auch die vom Vermögen eine Einkommensteuer. Die Vermögenssteuer bildet eine Sondersteuer auf das sogenannte fingierte Einkommen. Beachtung verdient auch, daß die Vermögensabgabe progressiv (mit Steigerungssätzen) gestaltet werden soll. Die einzelstaatlichen Vermögenssteuern sind fast sämtlich proportional gestaltet, d. h. es wird ein **einheitlicher** Prozentsatz erhoben von allen Vermögen ohne Rücksicht auf deren Größe. Die von der Sozialdemokratie geforderte Staffelung ist stets abgelehnt worden mit der Begründung, daß die schärfere Erfassung der Riesenvermögen mit Hilfe der Einkommensteuer erfolge und eine nochmalige Steigerung des Steuersatzes beim Vermögen nicht zulässig sei. Jetzt ist man aber bei der **progressiv** gestalteten Vermögenssteuer angelangt. Sie soll mit 1 vom Tausend bei Vermögen von 50 000 Mark beginnen und ansteigend bis zu 5 vom Tausend bei einer Million und darüber.

Die bürgerlichen Mitantragsteller begnügen sich mit diesem Erfolg, weil mit der Mehreinkommensteuer 800 bis 850 Millionen, mit der Vermögenssteuer etwa 400 Millionen, zusammen also etwa die gewünschte Summe von 1,2 Milliarden Reichseinnahmen gewonnen werden könne. Das ist wahrlich kein Grund, auf die Besteuerung des einfachen Einkommens durch das Reich zu verzichten. Denn das Reich darf die liderliche Staatspolitik nicht länger fortsetzen, die es in den Kriegsjahren betrieben hat, wenn es nicht den schlimmsten Gefahren entgegengehen will. Es darf nicht die Milliardenausgaben für die Opfer des Kriegs und selbst die Summen für die Teuerungszulagen an seine Beamten durch **Anleihen** decken. In dieser bedenklichen Finanzwirtschaft liegt auch die Gewißheit begründet, daß die neue Besitzbesteuerung keine einmalige bleiben wird, ob der Krieg bald zu Ende geht oder im nächsten Jahre noch fortdauert. Das Reich braucht im nächsten Jahre auf jeden Fall weitere 8 Milliarden Einnahmen, wenn es seine laufenden Ausgaben durch Steuern decken und nicht auf Schulden nehmen will. Es wird dann nicht nur bei der jetzt zu schaffenden Besteuerung des Vermögens und des Mehreinkommens bleiben, sondern die Besteuerung des [illegible] Einkommens von einer bestimmten Untergrenze an hinzukommen müssen.

Versenkte Schiffe.

[illegible]

Die Kämpfe in Italien.

Oesterreichischer Bericht.

Wien, 20. Juni. (Amtlich.)

Die Schlacht in Venetien dauert fort. Der Feind erwiderte den Fall des größten Teils der Piavefront durch heftige, mit zäher Ausdauer geführte Gegenangriffe. Um unsere neue Stellung am Fossetta-Kanal, an der Bahn Oderzo-Treviso und auf dem Montello wurde erbittert gerungen. Im Montello-Gelände steigerte sich der Kampf mitunter zur Heftigkeit der großen Karstschlachten. Die Italiener trieben die Sturmkolonnen wellenweise sechsmal vor. Große Verluste zwangen den Feind zu regellosem Einsatz der Reserven, die er divisions- und regimenterweise in den Kampf warf. Alle seine Anstrengungen waren vergebens.

Die Heeresgruppe des Feldmarschalls von Boroevic behauptete nicht nur restlos erkämpfte Linien, sondern warf mit den Divisionen des Generals der Infanterie Baron Schariczer die Italiener südlich der nach Treviso führenden Bahn weiter gegen Westen zurück.

Auch südöstlich von Asiago liefen die Italiener abermals und mit gleichem Mißerfolg wie an den Vortagen zum Sturm an.

Besonders rühmend wird in den Meldungen der Truppen der Mitwirkung der Schlachtflieger am Kampf- und Aufklärungsdienst gedacht. Von unseren Kampffliegern errang Hauptmann Brumowsky seinen 33. und 34., Oberleutnant von Linke-Crawford seinen 25. und Oberleutnant Fiala seinen 23. Luftsieg.

Der Chef des Generalstabes.

Italienischer Bericht

vom 19. Juni:

In der Nacht zum 18. Juni und im Laufe des gestrigen Tages erneuerte der Feind von der Hochebene von Asiago bis zum Montello seinen Angriff nicht. Teilangriffe wurden glatt zurückgewiesen in der Gegend des Monte Grappa und des Montello. Wir gingen auf der Hochebene von Asiago vor, wo Abteilungen unserer Verbündeten einige Dutzend Gefangene und zwei Geschütze einbrachten und durch unaufhörlichen Druck den vorspringenden Winkel der feindlichen Stellung südlich von der Eisenbahn Montebelluna eindrückten. Unsere Artillerie ließ durch zusammengefaßtes zerstörerisches Feuer den feindlichen Massen, die längs der Schlachtlinie festgehalten wurden oder hinter der Front in Bewegung waren, keine Ruhe.

An der Piave war der gestrige Morgen ruhig, aber nachmittags lebte die Schlacht wieder furchtbar auf. Neue Versuche des Feindes, den Fluß bei St. Andrea bis Candelu zu überschreiten, wurden sämtlich vereitelt. Auf den Dämmen des Flusses zwischen Candelu und Fossalta stellte der tapfere Widerstand der Unserigen den Gegner auf eine harte Probe, dessen Schneid sich an der unerschütterlichen Tapferkeit unserer Infanterie brach. Einen gleich heftigen Kampf, aber auf einer größeren Front, gab es im Abschnitt Fossalta, südlich von Meolo und nördlich von Capo Sile. Der von uns bedrängte Feind verteidigte sich verzweifelt, und jeder Zoll Boden war der Schauplatz erbitterten Ringens, an dem auch unsere verbündeten Luftstreitkräfte teilnahmen und die 15 000 Kilogramm Geschosse und Zehntausende von Maschinengewehrschüssen abfeuerten auf die verwundbaren Ziele, welche ihnen die feindlichen Truppen und Reserven in dem engen Raum auf dem rechten Flußufer darboten. Die Schlacht geht mit Erbitterung weiter und der Feind scheut, um einige seiner Angriffserfolge zu halten, vor den riesigen Verlusten, die ihm seit fünf Tagen unaufhörlich unser Infanterie-, Artillerie- und Fliegerfeuer zufügt, nicht zurück. Die Zahl der Gefangenen seit Beginn der Schlacht beläuft sich auf 9011. Mehrere Geschütze, viele Hunderte von österreichischen Maschinengewehren blieben in unserer Hand. Die Zahl der herabgeschossenen Flugzeuge stieg auf 50. Von uns und unseren Verbündeten sind nur zwei Apparate nicht an ihre Standorte zurückgekehrt. (Vergl. den österreichischen Bericht.)

Der Hunger in Oesterreich.

Wien, 20. Juni. Während die Brotration in Wien für Schwerarbeiter 1120 Gramm (¾ Laib), für die anderen 630 Gramm (½ Laib) beträgt, besteht in der Provinz Niederösterreich überhaupt kein Anspruch auf eine bestimmte Brotmenge mehr. Sie soll nur „nach Maßgabe der vorhandenen Vorräte“ beliefert werden. Zunächst erhalten die Arbeiter der Kriegsleistungsbetriebe die halbe Brotration, die Städte etwas, das übrige „Stammland der Monarchie“ gar nichts.

Die Wochenration in Wien beträgt sonst noch: 500 Gramm Kartoffeln, mindestens die Hälfte ungenießbar, künftig auch noch wegfallend, 125 Gramm schwarzes Kleiemehl, 125 Gramm sonstige Mahlprodukte, 40 Gramm Fett (soll auf 60 Gramm erhöht werden), ein Ei, 190 Gramm Zucker, 200 Gramm Fleisch nach nächtelangem Anstellen und etwas Marmelade und Kaffeersatz.

Diese fürchterlichen Hungerzustände sind die Folge des „freien Handels“, den man uns jetzt in Deutschland als Erlösung von allem Kriegsleid wieder aufschwätzen möchte.

Deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 20. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Fast an der ganzen Front nahm die Tätigkeit des Feindes am Abend zu. Das Artilleriefeuer lebte auf. Starke Infanterie-Abteilungen stießen in zahlreichen Abschnitten gegen unsere Linien vor. Sie wurden abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Erneute Versuche des Feindes, nordwestlich von Chateau Thierry über den Clignon-Abschnitt vorzudringen, scheiterten in unserem Feuer. An der übrigen Front blieb die Gefechtstätigkeit in mäßigen Grenzen.

Heeresgruppe Gallwitz. Südwestlich von Ornes wurden nächtliche Vorstöße des Feindes abgewiesen. Zwischen Maas und Mosel drangen eigene Sturmtruppen tief in die amerikanischen Stellungen bei Seichprei ein und fügten dem Feinde schwere Verluste zu.

Hauptmann Berthold errang seinen 36. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Berlin, 20. Juni, abends. (Amtlich.)

Nördlich von Albert, südwestlich von Noyon und nordwestlich von Chateau Thierry sind feindliche Teilangriffe unter schweren Verlusten gescheitert.

Langsamer Austausch.

Berlin, 20. Juni. (W. T.-B.) Nach den deutsch-französischen Vereinbarungen über die Gefangenenfragen sollen die vor dem 15. April 1918 in der Schweiz internierten deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat zurückgeführt werden, ebenso sind sämtliche in der Schweiz internierten Zivilpersonen freizulassen. Die Ausführung dieser Bestimmungen hat nunmehr begonnen.

Heute überschritt der erste Zug mit deutschen Internierten die schweizerische Grenze und traf in Konstanz ein. Leider haben bahntechnische Schwierigkeiten den Beginn dieser Transporte verzögert, doch sollen sie nun in regelmäßiger Zugfolge laufen und in etwa vier Wochen beendet sein. Sie werden etwa 200 deutsche Offiziere, 6000 Kriegsgefangener und 1000 Zivilinternierte der Heimat wiedergeben.

Im Anschluß an die Räumung der Schweiz beginnt voraussichtlich im August die Internierung von mehr als 18 Monate kriegsgefangenen Offizieren in der Schweiz und die Entlassung von mehr als 18 Monate kriegsgefangenen Unteroffizieren und Mannschaften, sowie Zivilinternierten in die Heimat. Voraussetzung ist allerdings, daß die französische Regierung bis dahin eine entsprechende Anzahl Elsaß-Lothringer herausgegeben hat, für deren Zurückhaltung seiner Zeit 1000 Geiseln aus dem besetzten Frankreich nach Holzminden und Wilna verbracht worden sind. Hierüber schweben zurzeit noch Verhandlungen.

Es hat also immer wieder noch einen **Haken.**

Angriffe auf Reims.

Französischer Bericht vom 19. Juni, nachmittags. Um 6 Uhr abends eröffneten die Deutschen eine heftige Artillerievorbereitung auf der ganzen Front von Reims von der Gegend westlich von Vrigny bis östlich von Pompelle. Um 9 Uhr machte die feindliche Infanterie einen Angriff auf die französischen Stellungen zwischen diesen beiden Punkten. Die französischen Truppen leisteten dem Stoß der Deutschen, welche durch das Feuer der französischen Gegenvorbereitung stark gelitten hatten, erfolgreichen Widerstand. Zwischen diesen beiden Punkten wurden die deutschen Sturmtruppen durch das französische Feuer zum Stehen gebracht. Sie mußten wiederholt auf ihre Ausgangslinien zurückfluten und konnten nicht an die französischen Stellungen herankommen. An der Peripherie von Reims spielten sich heftige Kämpfe ab, in deren Verlauf der Feind schwere Verluste erlitt und überall abgewiesen wurde. Oestlich von Reims endete der Kampf in gleicher Weise zum Vorteil der Franzosen. Es war den Deutschen gelungen, in den Wald nordöstlich von Sillert einzudringen, sie wurden aber durch französische Gegenangriffe wieder hinausgeworfen, und es wurden in der Gegend von Reims Gefangene gemacht, welche erklärten, daß die Stadt durch drei Divisionen in der Nacht um jeden Preis genommen werden sollte. (Siehe den deutschen Bericht.)

Die Tschechen in Sibirien.

Moskau, 20. Juni. (Reuter.) Die Tschecho-Slowaken nahmen gemeinsam mit den Kosaken und Kirgisen Omsk und fügten den Sowjettruppen schwere Verluste zu.

Stockholm, 20. Juni. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Leiter der Operationen gegen die Tschecho-Slowaken, General Miasnikow, hat Befehl gegeben, alle Personen festzunehmen und hinzurichten, die in der Frontzone, vor allem bei Sinbirski und Syzran, sich an den gegenrevolutionären Bewegungen beteiligen. Die gleichen Maßnahmen sind gegen diejenigen zu ergreifen, die trotz des Verbotes den Versuch machen, im Abschnitt Samara die Wolga zu befahren. Es wird gemeldet, daß die Tschecho-Slowaken nach der Beschädigung Samaras durch das Bombardement in der Stadt Gewalttätigkeiten gegen die Rote Garde und Mitglieder der Verwaltung verübten, indem sie sie hinrichteten.

Die konstituierende Versammlung wurde proklamiert. Die Abteilungen Dutows, der an der Organisation der Weißen Garde teilnahm, dienen als Polizei. Die Gegenrevolutionäre zählen wahrscheinlich nicht darauf, die Stadt zu halten, denn sie räumen alle Depots. Die Militär-Oberinspektion meldet auf dem Wege über das Kriegskommissariat vom Kriegsschauplatz, daß die Sowjettruppen unter dem Kommando von Podwisky binnen kurzem Samara befreien werden und daß die tschechisch-slowakische Bewegung erlöschen werde.

Kleine Kriegsnachrichten.

Der Paß für Troelstra. Wie der Amsterdamer Vertreter des Wolffbureaus erfährt, bestätigt sich die Nachricht, daß die englische Regierung die Absicht hat, Troelstra den Paß für seine Reise nach London zu verweigern, um angesichts der Stimmung unter den englischen Seeleuten unliebsame Zwischenfälle zu vermeiden. — Sie hat erst die „Absicht“; Laut „Berliner Tageblatt“ haben alle Abteilungen des englischen Seeleuteverbandes verlangt, daß Branting nicht nach London befördert werden dürfe.

Die ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen galten noch weiter den Grenzfragen. Die Ukrainer bestanden auf Anerkennung der Krim als Bestandteil des ukrainischen Staates, die Russen schlugen dagegen als Kompromiß die Entscheidung der Frage durch ein Referendum der Krimbevölkerung vor. In der Warenaustauschkommission wurde über die Lieferung von Getreide und Kohlen an Großrußland gegen Webwaren, Schmier-, Roh- und Leuchtöl von dorther verhandelt.

Deutscher Reichstag.

176. Sitzung, Donnerstag, 20. Juni, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Kommissare.

Auf der Tagesordnung stehen Mitteilungen des Rechnungshofs zur Reichshaushaltsrechnung 1913.

Sie werden dem Ausschuß für Rechnungssachen überwiesen.

Es folgen Petitionen.

Eine Reihe wird debattelos den Anträgen des Ausschusses entsprechend erledigt.

Der Heilmagnetiseur Weißenberg petitioniert um Entschädigung für unrechtmäßig erlittene Schutzhaft, sowie für die Erlaubnis zur Wiederausübung seines Berufs, die ihm das Oberkommando untersagt hat.

Die Kommission beantragt, die Petitionen dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (U. Soz.) kritisiert das Verhalten der Militär- und Polizeibehörden gegenüber dem Petenten, der in Schutzhaft genommen worden ist, um den von ihm begründeten Verein, der sich mit Heilwirkungen religiöser und anderer Art beschäftigt, zu vernichten. Der Fall beweist die Reformbedürftigkeit des Schutzhaftgesetzes. Redner beantragt, die Petitionen dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Unter Ablehnung dieses Antrages wird dem Antrag der Kommission entsprochen.

Eine Petition der Gesellschaft für Soziale Reform verlangt, daß bei staatlichen Lieferungen den kaufmännischen, technischen und Bureauangestellten angemessene Bezahlung und angemessene Teuerungszulagen durch besondere Vertragsklauseln gesichert werde.

Abg. Sachse (Soz.): Nicht nur die staatlichen Betriebe sollen Musterbetriebe sein, sondern der Staat soll überhaupt ein mustergiltiger Arbeitgeber auch insofern sein, daß er darauf achtet, daß bei Arbeiten, die für ihn ausgeführt werden, stets anständige Arbeitsbedingungen vorhanden sind. Deshalb sind die Forderungen dieser Petition durchaus berechtigt.

Die Petition wird dem Antrag der Kommission entsprechend dem Reichskanzler als Material überwiesen.

Es folgen Berichte des Ausschusses für Handel und Gewerbe über Petitionen, sie werden entsprechend den Anträgen des Ausschusses debattelos erledigt.

Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr. Anfragen, Friedensvertrag mit Rumänien, Etat des Pensionsfonds, Aenderung des Kriegssteuergesetzes, Novelle zum Besoldungsgesetz.

Schluß 3¼ Uhr.

Das verlassene Dorf.

Roman aus dem Dreißigjährigen Kriege von Friedrich Thieme.

40 — (Nachdruck verb.)

Während des übrigen Tages berieten sich die Ehegatten über ihre zukünftigen Schritte. Die Fristung ihres Lebens würde hier weit schwieriger sein, als in ihrem vorigen Versteck. Arne durfte nicht schießen, ohne daß man das Knallen im Tale vernahm, auch waren sie, sobald sie die Höhle verließen, der Gefahr des Gesehenwerdens ausgesetzt. Höchstens konnte der Hauptmann versuchen, Kaninchen in Fallen zu fangen. Es blieb nur übrig, daß Margarete sich nach Abzug der Soldaten ins Dorf wagte und, ohne jedoch ihren Aufenthalt zu verraten, ihre Verwandten aufsuchte, um von ihnen für Geld und gute Worte die notwendigsten Bedarfsartikel zu erlangen. Solange freilich die Feinde in der Gegend lagen, war auch dies unmöglich, sie mußten versuchen, ihre Bedürfnisse zu decken, so gut es anging. Es gab ja Früchte und Wurzeln, von denen sie im Notfalle leben konnten, und verwöhnt waren sie nicht.

Das Wasser bildete den anderen Teil ihrer Sorgnisse. Wie sollten sie in den heißen Sommertagen ihren Durst löschen? Oder sich etwas kochen? Einen Topf hatte Margarete mitgenommen und Holz zum Feuern fanden sie leicht in der Nähe. Nur durften sie höchstens nachts wagen, Feuer anzuzünden, und im Schutze der hohen Felsen, damit die Flamme nicht gesehen werden konnte. Aber des Wassers? Eine Quelle war nicht in der Nähe.

Abends vor dem Einschlafen besprachen sie sich angelegentlich über diesen wichtigen Punkt.

„Es gibt eine herrliche Quelle in der Nähe, das ist diejenige, wo der Penickenbach entspringt, der sogenannte „Fürstenbrunnen“, erzählte Margarete. „Aber eine halbe Stunde haben wir bis dahin, aber länger, da wir den Weg über die Berge nehmen müssen. [illegible]

Darauf versetzte Arne entschlossen: „Doch, Gretchen, ich werde es tun. Wenn das der Bach ist, den Du mir zeigtest, wie wir hierher gingen, so kann die Gefahr nicht groß sein. Ich wage mich im Dunkeln hinunter und fülle unseren Topf.“

Damit war Margarete schließlich zufrieden, so daß beide in Ruhe und Hoffnung entschlummerten. Diesmal war ihr Erwachen am anderen Morgen kein so friedliches wie gestern. Arne sprang zuerst auf, er hatte ein Geräusch am Eingange der Höhle vernommen, und als er hineilte, nachzusehen, traten ihm sechs Soldaten mit den Musketen im Anschlag entgegen. Hinter diesen stand ein in armselige Lumpen gehüllter Mann, anscheinend ein Bauer, dem schneeweiße Haare wirr um die Stirn hingen.

„Ergebt Euch, Ihr seid unser Gefangener“, rief der Führer der sechs in befehlendem Tone. Es war ein Offizier, ein Hauptmann, wie Arne selber, ein noch junger Mann mit spitzem Kinnbarte und einem Zuge kalter Entschlossenheit in den grauen Augen.

Arne sprang zurück, um seine Waffen zu holen, der Offizier war wie der Wind hinter ihm drein. Zugleich war auch Margarete, tödlich erschrocken, aufgesprungen.

„Verrat“, schrie ihr Gatte ihr zu. „Nimm meine Flinte, Margarete, es gilt Leben und Freiheit!“

Er ergriff eine Pistole und legte auf den Offizier an. Dieser sprang zur Seite und warf sich, seinen Säbel schwingend, auf den jungen Mann, indes seine Begleiter zur Unterstützung herbeieilten. Margarete wußte in ihrer Aufregung nicht, was beginnen. Ihr Mann war von zweien der Musketiere gepackt worden, trotzdem wehrte er sich wie ein Rasender. Da hob der Offizier den Säbel — Margarete schrie entsetzt auf und im nächsten Augenblick krachte der Schuß, und die Muskete, die sie gehalten, entfiel ihrer Hand. Totenbleich sank sie zu Boden. Sie hatte einen Menschen erschossen, hatte Blut vergossen — der junge Offizier taumelte und stürzte nieder mit einem schmerzlichen Aufschrei. Margaretens Kugel war ihm durch die Brust gegangen.

[illegible] nicht entgehen.“ Mit diesen Worten verschied er.

Arne war indessen von der Mehrzahl trotz seiner wütenden Gegenwehr überwältigt und gebunden worden. Nun warfen die Leute sich auf Margarete, die sich willig die Fesseln anlegen ließ. Sie war noch nicht wieder Herrin ihrer selbst, es wogte und flutete vor ihren Augen. Mit Grausen blickte sie nach ihrem Opfer und schwer und röchelnd rang sich der Atem aus ihrer Brust. Was hatte sie getan? Und doch war es nur in der Notwehr geschehen, zur Rettung des Geliebten! Sie konnte nicht anders handeln. Und dann — was sollte ihr noch die Freiheit, da er in den Händen seiner Feinde war?

Roh packte sie einer der Soldaten an der Schulter.

„Vorwärts, Dirne — marsch mit Dir!“

„Wohin wollt Ihr uns führen?“ erkundigte sich Arne trotzig.

„Euch zur Gefangenschaft, die Dirne zum Profoß.“

„Es ist keine Dirne, Bube, sondern meine Ehefrau.“

„Gleichviel, sie hat einen Offizier, den Bruder unseres Obristen, ermordet“, erwiderte finster der Soldat. „Das wird ihr übel bekommen, verlaßt Euch darauf.“

„Sie hat es in der Verteidigung getan.“

„Sie ist kein Soldat und hat nicht das Recht, sich zu wehren, wie Ihr. Vorwärts!“

Und der rohe Mensch trieb die gebundene junge Frau mit einem Schlage zu schnellerem Laufen an.

„Schurke“, donnerte ihn Arne an, „untersteh' Dich, Dich noch einmal an ihr zu vergreifen! Ich bin Hauptmann im blauen Regiment, Du sollst mir büßen für jede Beleidigung, die meiner Gemahlin geschieht!“

Die Freude der Soldaten, daß sie einen Offizier gefangen genommen hatten, war fast noch größer, als ihr Zorn über den Tod ihres Hauptmanns, obgleich dieser einer der beliebtesten Führer gewesen war. Ein Offizier mußte sich mit hohem Lösegelde abkaufen, das verstand sich von selbst. Zwei der [illegible] Gefangenen, die vier anderen [illegible] gen und trugen darauf den toten Hauptmann den Berg hinab. Zerknirscht folgte ihnen der greise Bauersmann, und, als es unbemerkt geschehen konnte, trat er an die Seite der schönen Gefangenen.

„Seid Ihr nicht die Tochter des Kantors von Kunitz, des Schwagers von Christopher Strömer?“

„Ja, die bin ich. Wie geht es meinem Oheim?“

„Ihm leidlich, — aber Eurer Base haben sie vor einigen Monaten übel mitgespielt.“

„Der Bärbel?“

„Ja, der Bärbel. Soviel Schmach haben sie ihr angetan, daß sie vor den Augen aller Soldaten in die Saale gesprungen ist. Sie haben sie wollen retten, aber sie wehrte sich wie eine Verzweifelte, und als sie sie herausbrachten, waren alle Versuche, sie wieder ins Leben zurückzurufen, umsonst.“

„O, wie fürchterlich“, weinte Margarete. „Arme Barbara! Sie war immer so gut!“ Sie schluchzte leise vor sich hin, aber der Bauer an ihrer Seite ließ ihr nicht lange Zeit.

„Kennt Ihr mich nicht, Jungfer?“

„Ich bin keine Jungfer, sondern eine Ehefrau.“

„Das hört' ich eben — seine Frau, des Schweden?“

„Ja.“

Der Bauer starrte mürrisch vor sich hin. „Es tut mir leid um Euch, junge Frau — wenn ich das gewußt hätte, wäre es unterblieben.“

„Was denn?“

Er antwortete nicht. Doch [illegible] erfaßte ihr heller Geist den Sinn seiner Worte.

„Seid Ihr's, der uns verraten hat?“

„So dürft Ihr's nicht nennen. Den Schweden hab' ich [illegible] in die Hände geliefert, weiter nichts. Und das mußt' ich, denn gar arg haben die Schweden in meiner Hütte gehaust, mich selbst [illegible] Kindern mißhandelt und gefoltert. Mein Weib starb an der erlittenen Behandlung. Ich hasse sie wie Gift“, [illegible] er erbittert. [illegible]

Die Umsatzsteuer. Der Hauptausschuß des Reichstags hat heute § 1, Abs. 1 des Umsatzsteuergesetzes in folgender Fassung angenommen: „Der Umsatzsteuer unterliegen die im Inland gegen Entgelt ausgeführten Lieferungen und sonstigen Leistungen solcher Personen, die eine selbständige, gewerbliche Tätigkeit mit Einschluß der Urerzeugung und des Handels ausüben. Die Steuerpflicht wird nicht dadurch berührt, daß die Leistung auf Grund gesetzlicher oder behördlicher Anordnung bewirkt wird oder kraft gesetzlicher Vorschrift als bewirkt gilt."

* * *

Die dritte Lesung des Etats fand am Donnerstag im Dreiklassenhause statt. Die Abgg. bewiesen dieser zu anderen Zeiten hochpolitischen Tagesordnung nicht das geringste Interesse, die Redner hielten ihre Monologe vor leeren Bänken. Eine scharfe Erklärung gegen die Gründung Polens überhaupt und die austropolnische Lösung im besonderen gab der Freikonservative Lüdicke ab, worauf der Konservative Dr. Haeich seine rein agrarische Ernährungsrede zum wer weiß wievielten Male vortrug und sich dabei einer Breite befleißigte, die mit den sonstigen konservativen Deklamationen über die kostbare Zeit des Hauses nicht zu vereinbaren war. Gleich nach ihm ließ man den unabhängigen Sozialisten Hofer reden, der mit großer Schärfe Betrachtungen über den Zustand unserer Volksernährung über Kriegsursachen, Kriegführung und Kriegssondermöglichkeiten anstellte, wobei es auch ein kleines Zwischenspiel mit Ordnungsrufen gab. Der Zentrumsabgeordnete Blum, ein gemäßigter Agrarier, meinte, die Ernteaussichten könnten uns mit Beruhigung erfüllen.

Nach längeren Ausführungen der Abgg. **Fürbringer** (natl.) und des Litauers **Gaigalat** wurde die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

Abg. **Hofer** (U. Soz.) führte u. a. aus: Wir sehen nirgendwo Reformen, dafür gibts neue Steuern, Eisenbahnverteuerung usw. Wir gedenken der Helden, die sich gegen den Kriegswahnsinn aufgelehnt haben und dafür erschossen wurden wie jene Matrosen oder in die Zuchthäuser kamen, wie Liebknecht und so viele andere. Wir fordern Trennung von Kirche und Staat. Die Kirche hat im Kriege das Christentum verlassen und aufgegeben. Die Priester haben den Krieg gesegnet statt ihm zu fluchen und dadurch das Blutmeer noch höher steigen lassen. Aus dem Chaos nach dem Kriege wird eine neue, von der Kirche unabhängige Ethik aufkommen. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Die Sterblichkeit wächst ins Ungeheure. Die Deutsche Tageszeitung gibt zu, daß das Volk hungert. Wir wollen Neuwahlen haben, um das Volk über den Krieg und seine Ursachen aufzuklären. Will die Regierung aber den Burgfrieden erhalten, so mag sie im Reichstag ein Gesetz einbringen, wodurch Preußen das freie Wahlrecht ohne Sicherungen erhält. Der Redner bespricht dann den Zustand der Volksernährung und wendet sich scharf gegen eine Wiederzulassung des freien Handels nach dem Antrag Dr. Roesicke, die nur den Großgrundbesitzern die Taschen füllen würde. Es scheint ja überhaupt, daß man das Volk durch den Hunger auf die Straße treiben will, um es dann mit Maschinengewehren zu empfangen. Die Verfolgungen würden auch die Abhängigen nicht verschonen, die Gewerkschaften würde man mit Stumpf und Stiel ausrotten. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Die niederträchtige Kampfesweise der Blendung durch Giftgase. (Vizepräsident Dr. Lohmann rügt das und ruft die Abg. Ströbel und A. Hoffmann wegen bekräftigender Ausrufe zur Ordnung.") In einer letzthin amtlich veröffentlichten Rede sprach der Sprecher vom Kampf der deutschen Weltanschauung. Wenn sie in solcher Kampfesweise besteht, so weisen wir sie weit von uns. Der Sprecher sagte, er habe diesen Krieg längst kommen sehen. Dann trifft ihn die Verantwortung, daß er ihn nicht verhindert hat. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Deutschland hat durch Prof. Zorn die Abrüstungskonferenz im Haag zum Scheitern gebracht und durch seine Rüstungen Frankreich zur Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit gezwungen. Wenn wir jetzt den Frieden anbieten, kann das niemand als Schwäche auslegen. Solange die deutsche Regierung ihre Kriegsziele nicht angibt, fällt auf sie die Verantwortung für die Fortsetzung des Mordens. (Beifall b. d. U. Soz.)

Abg. **Blum** (Ztr.) weist die Angriffe des Vorredners auf die Kirche zurück und bezeichnet die Ernteaussichten als beruhigend.

Politische Uebersicht.

Es war nicht wahr. Die in der Presse verbreitete Nachricht, der frühere Reichskanzler von Bethmann-Hollweg sei seit einiger Zeit leidend, und sein Befinden habe sich durch einen kürzlich erlittenen Schlaganfall verschlechtert, beruht, wie das Wolff-Bureau feststellen kann, auf völlig freier Erfindung. von Bethmann-Hollweg befindet sich bei bester Gesundheit.

Gewerkschaftliches.

Drohende Arbeitslosigkeit in der Handschuhindustrie. Einer Verfügung des Leder-Zuweisungsamtes zufolge sollen bis auf weiteres hauptsächlich für die Handschuhfabrikation in Frage kommende Felle für Heereszwecke zurückgestellt werden. Wie die „Lederarbeiter-Zeitung" hierzu bemerkt, wird der Handschuhindustrie durch diese Maßnahme das schon sehr knappe Rohmaterial vollständig entzogen; in kürzester Zeit müsse sich daraus die Einstellung der Betriebe und damit eine Arbeitslosigkeit des größten Teiles der in der Handschuhfabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ergeben. Auch auf die Glaceegerbereien dürfte die Zurückstellung des Rohmaterials für Heereszwecke ähnliche Wirkungen zeitigen; gegen 10 000 Personen dürften dadurch ihre Beschäftigung einbüßen. Der Zentralvorstand des Lederarbeiterverbandes will sich bemühen, daß die Betriebe aufrechterhalten bleiben und die davon betroffenen Arbeiter nach Möglichkeit durch die erweiterten Heeresaufträge, für welche das der Handschuhindustrie entzogene Leder zur Verwendung kommen soll, beschäftigt werden. Sollte es zur Arbeitslosigkeit kommen, so müßte den davon betroffenen Personen eine den Verhältnissen angepaßte Unterstützung durch das Reich gesichert werden.

Breslauer Nachrichten.

Gesundheitliche Verhältnisse und Abkehrschein.

Der Bohrer B. war im Dezember v. J. zur Arbeitsleistung bei den Linke-Hofmann-Werken vom Militär entlassen worden. Er hat einen Stundenlohn von 45 Pfg. und verdient wöchentlich mit Teuerungszulage 38 Mark. Davon muß er 24 Mark für Kost und Logis zahlen, von dem Rest soll er seine in Oberschlesien lebende, aus Frau, zwei Kinder und einem arbeitsunfähigen Vater bestehende Familie unterstützen. Er leidet an einer Schuppenflechte, außerdem brechen seine Wunden wieder auf und infolge der Seifenknappheit hat er große Schwierigkeiten mit der Wäsche. Da er auch mit dem geringen Verdienst nicht auskommen kann, möchte er die Arbeit beim Kgl. Wasserbauamt Oppeln aufnehmen, wo er bereits mehrere Jahre tätig gewesen ist und wo er seinen eigentlichen Beruf als Maschinist wieder ausüben könnte. An Lohn würde er dort 3,50 Mark täglich und 1,30 Mark Kriegszulage erhalten. Da ihm die Linke-Hofmann-Werke den Abkehrschein verweigerten, wandte er sich an den Schlichtungsausschuß. Hier legte er auch eine Bescheinigung des Gemeindevorstehers seines Heimatdorfes vor, worin dieser bestätigt, daß die Anwesenheit des B. zur Bestellung seines Ackerlandes sehr notwendig ist. Vom Schlichtungsausschuß wird ihm der Abkehrschein bewilligt. Als maßgebend hierfür komme in Betracht der Fortfall des doppelten Haushalts, die landwirtschaftlichen Interessen, die gesundheitlichen Verhältnisse, welche letzteren eine Pflege erfordern, wie er sie außerhalb seiner Familie nicht haben kann.

Grey über den Völkerbund.

Amsterdam, 20. Juni. Wie Reuter berichtet, hat Viscount Grey eine Broschüre über den Völkerbund geschrieben, in der er u. a. ausführt:

Es handelt sich in diesem Kriege um mehr als um die Existenz der einzelnen Staaten und Reiche, sowie das Schicksal des Kontinents. Die ganze moderne Zivilisation steht auf dem Spiel. Nur wenn die Nationen, die an diesem Kriege teilnehmen, und selbst die Neutralen aus der Erfahrung dieses Krieges lernen, wird die moderne Zivilisation nicht untergehen wie die früheren. Der Völkerbund zur Sicherung des Weltfriedens wird nicht deshalb unmöglich bleiben, weil er bisher unmöglich war. Die erste Bedingung für seine Verwirklichung ist, daß diese Idee zur ernstlichen Ueberzeugung der verantwortlicher Leiter der Staaten und zu einem wesentlichen Teile ihrer praktischen Politik wird.

Diese Bedingung war vor dem Kriege nicht erfüllt. In welchem Umfange ist sie es jetzt? Mit Sicherheit kann diese Frage von dem Präsidenten Wilson bejaht werden, und das genügt, den Gedanken des Völkerbundes mit neuem Leben zu erfüllen. Wilson und sein Land haben als Neutrale durch mehr als zwei Jahre beobachten und ihre Schlüsse ziehen können. Eine dieser Konsequenzen war, daß sie Deutschland den Krieg erklärten, um die Welt vor einer Katastrophe zu retten. Eine andere war der Gedanke des Völkerbundes. Die Regierungen der Alliierten haben für dasselbe Ideal nationaler und menschlicher Freiheit gekämpft, aber sie kämpfen gleichzeitig für die Erhaltung der nationalen Existenz in Europa. In England ist der Plan eines Völkerbundes von vielen Seiten freundlich aufgenommen worden."

Dagegen ist und bleibt

die deutsche Militärpartei

ein Gegner dieses Planes. Wenn diese Partei am Ruder bleibt, wird Deutschland sich dem Völkerbunde widersetzen. Daran wird sich nichts ändern, wenn nicht im deutschen Volk die Ueberzeugung Raum gewinnt, daß die auf Recht und Verträge begründete Sicherheit besser ist als die Gefahren des Willens zur Macht.

Diese Ueberzeugung muß eine solche Sinnesänderung hervorrufen, daß die Militärpartei, ihre Politik und ihre Ideale aus ihrer Machtstellung verdrängt werden. Diese Bedingung wurde von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, die von allen kriegführenden Staaten am wenigsten erschöpft sind, angenommen. Sie findet sich auch bei den Regierungen der Alliierten oder wird von ihnen am Ende des Krieges vertreten werden. Auch unter den Mittelmächten erklärt Oesterreich-Ungarn sich hoffentlich zur Annahme eines dahingehenden Vorschlages bereit.

So bleibt der Widerstand Deutschlands.

Deutschland wird finden, daß seine friedliche Entwickelung der Erweiterung durch Kriege vorzuziehen ist. Ein Bund, wie Wilson ihn wünscht, muß Deutschland einschließen. Die zweite Bedingung besteht in der Bereitschaft der Regierungen und Völker, eine gemeinsame Abgrenzung ihrer nationalen Betätigung und eine Uebernahme unbequemer Verpflichtungen sich auferlegen zu lassen. Kleinere und schwächere Nationen werden Rechte haben, die von dem Bunde respektiert und aufrechterhalten werden müssen. Stärkere Nationen müssen darauf verzichten, ihre Interessen gegen die schwächeren mit Gewalt geltend zu machen. Alle Staaten müssen auf das Recht verzichten, bei jeder Streitigkeit zur Gewalt zu greifen, bevor andere Methoden zur Regelung durch Konferenzen oder, wenn erforderlich, durch ein Schiedsgericht versucht worden sind.

Eine Verpflichtung besteht darin, daß, wenn irgend eine Nation diese Beschränkung ihrer nationalen Betätigung nicht einhalten will und die grundlegenden Vereinbarungen des Bundes bricht, sowie alle friedlichen Methoden der Regelung zurückweist und zur Gewalt greift, die übrigen Nationen insgesamt ihre vereinte Macht gegen sie werden gebrauchen müssen. Der wirtschaftliche Druck, den ein solcher Bund ausüben könnte, würde ein sehr mächtiger sein. Aber die mächtigeren Staaten müssen bereit sein, ihre ganze Macht, die wirtschaftliche, militärische und maritime, zu gebrauchen. Man muß sich darüber klar sein und sich darüber einigen, daß Nichteinhaltung oder Bruch der Vereinbarungen einen oder mehrere Staaten und nicht etwa alle oder nur einen von den anderen davon entbindet, die Vereinbarungen mit Gewalt durchzusetzen. Wenn diese Bedingung nicht eingehalten wird, hat das Ganze keinen Wert.

Die Individuen in den zivilisierten Staaten nahmen seit langem ähnliche Gedanken und Verpflichtungen bei Austrag ihrer Streitigkeiten an. Die Analogie zwischen Staaten und Individuen oder Gruppen von Individuen ist nicht vollständig, aber sie genügt, um die Frage zu rechtfertigen, ob nach dem Krieg die Ansichten der großen Staaten über ihre wünschenswerten Beziehungen zu einander die der afrikanischen Häuptlinge oder die von Individuen sein werden, die zu den zivilisierten Nationen gehören. Nur die Erfahrung überzeugt die Individuen, daß das Recht besser ist, als die Anarchie, um die Beziehungen zu einander zu regeln. Was lehrt die Erfahrung dieses Krieges? Wir sind jetzt im vierten Kriegsjahr. Die Anwendung wissenschaftlicher Erfindungen während des Krieges machte ihn

von Jahr zu Jahr schrecklicher und vernichtender

Wenn in 20 oder 30 Jahren ein neuer Krieg kommt, wie wird er sich gestalten? Wenn weiterhin eine konzentrierte Vorbereitung auf neue Kriege herrschen wird, werden die wissenschaftlichen Untersuchungen künftig zur Entdeckung weiterer Zerstörungsmittel dienen. Diese Entdeckungen können nicht auf eine Nation beschränkt bleiben. Ihr Ziel völliger Vernichtung wird später sogar noch vollständiger erreicht sein, als in diesem Kriege. Die Deutschen stehen diesem Gedanken nicht fremd gegenüber. Aber soweit ich sehen kann, wollen ihre Führer künftig Kriege vermeiden, indem sie die deutsche Herrschaft für immer aufrichten. Der Friede kann niemals durch die Herrschaft eines Landes, das seine Würde, Macht und Wohlfahrt durch die Unterwerfung eines anderen sichert, aufrechterhalten werden. Der deutsche Gedanke des Weltfriedens, der durch die Macht des deutschen Militarismus gesichert wird, ist ebenso undurchführbar wie abstoßend für die anderen Nationen. Im Gegensatz zu diesem Gedanken Deutschlands sollte die Entente, wie es Wilson bereits getan hat, den Gedanken eines Friedens aufstellen, der durch gegenseitige Rücksichtnahme der Staaten auch ihre Rechte und den Entschluß, jeden Versuch zu einem Kriege unmöglich zu machen, sichert. Die Richtung und Erhaltung des Völkerbundes, wie ihn Wilson befürwortet hat, ist wichtiger und wesentlicher zur Erhaltung des Friedens als irgend eine aktuelle Friedensbedingung, die diesen Krieg beschließen kann. Auch die beste Friedensbedingung wird wenig Wert haben, wenn nicht die künftigen Beziehungen der Staaten die Pflege des Militarismus in irgend einem Staate verhindern. Alle müssen aus diesem Kriege lernen. Die Vereinigten Staaten und die Alliierten können die Welt nicht von dem Militarismus erretten, wenn nicht Deutschland aus diesem Kriege lernt, und sie werden weder die Welt noch sich selbst durch einen völligen Sieg über Deutschland retten, bevor auch sie gelernt haben, daß der Militarismus der tödliche Feind der Menschheit geworden ist.

* * *

Rückblick auf die Spielzeit 1917|18.

Stadt-Theater.

Vom materiellen Standpunkte aus betrachtet, dürfte die demnächst ablaufende Spielzeit die ertragreichste der letzten Jahre, besonders der Kriegsjahre gewesen sein. Künstlerisch war die Ausbeute nicht sonderlich groß. Die unumstößliche Tatsache der Minderwertigkeit neuzeitlicher Produktion hat sich wiederum bei den wenigen Neuheiten herausgestellt, die im Laufe des Winters herausgekommen sind: es ist eben nichts dabei „herausgekommen". Schade um die Zeit und Mühe des Einstudierens! Weder die „Toten Augen" noch „Eros und Psyche" haben gehalten, was der übliche Premierenrummel versprochen hat. Die Aufführungsziffer ging kaum über acht hinaus! Die vielgerühmte „Abreise" ist sogar nur einmal gespielt worden! Auch „Notre-Dame", das eine überlange Sinfonie, aber keine Oper ist, und „Rosenkavalier" haben an Anziehungskraft stark nachgelassen. „Pique Dame", musikalisch interessant, aber an einem überspannten Textbuch krankend, vermochte ebensowenig das Interesse des Publikums wachzuerhalten, wie der „Eiserne Heiland". Wozu bringt man dies alles heraus? Wozu spannt man die überaus wertvollen Opernkräfte für solche Eintagsfliegen an? Die von einer Minorität dauernd aufgestellte Forderung nach Werken lebender Tonsetzer ist von der Leitung mit einer Aufführung des „armen Heinrich" von Pfitzner erfüllt worden. Die Oper erwies sich als noch langweiliger als „Ingwelde" von Schillings, dessen „Mona Lisa" viel geräuschloser verschwunden als gekommen ist.

Man kann es daher der Intendanz kaum verübeln, wenn sie Erfolge älterer Opern ausnützt und selbst verpönte Werke wie „Mignon", „Martha" öfter auf dem Spielplan erschienen. Dank einer recht abgerundeten Vorstellung konnte eine halbvergessene Oper Adams „Wenn ich König wär'" etwa ein Viertelhundert Wiederholungen aufweisen. Sehr guten Erfolg hatte wiederum „Carmen", „Boccaccio" und der neu einstudierte „Bettelstudent". Daß Wagner diesmal mehr zurücktreten mußte, lag in den Zeitverhältnissen; außerdem ist es aber ganz gut, wenn die so überaus häufig gespielten Wagnerschen Musikdramen eine Weile ruhen.

Sonst unterschied sich der Spielplan nicht wesentlich von dem anderer Jahre und anderer Bühnen. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß das Repertoire eines Opernhauses nicht verbesserungsbedürftig wäre. So wäre z. B. die Pflege Mozarts mehr als bisher anzustreben; mit einem Dutzend Aufführungen von „Don Juan" und 4 Aufführungen von „Figaros Hochzeit" ist es nicht abgetan. Ferner sollte ein Institut wie das Breslauer Stadt-Theater bemüht sein, wichtige künstlerische Gedenktage entsprechend einzuhalten. So ist z. B. an Wagners Geburtstag „Die Zauberflöte", an seinem Todestage „Fidelio" gespielt worden; an Webers Todestage waren „Hoffmanns Erzählungen" angesetzt; an Bizets Geburtstag „Der arme Heinrich" und so fort.

Zum Schluß möge noch eine kleine Anregung rein äußerlicher Natur gegeben werden. Es wäre vielleicht vom praktischen Standpunkt erwünscht, wenn Ouvertüren, die nicht unmittelbar in die Oper hineinführen, bei voller Beleuchtung gespielt würden. Dann könnten die zu spät kommenden Besucher ihre Plätze bequem aufsuchen, ohne im Finstern herumtappen zu müssen. Freilich wäre es dann notwendig, zwischen der Ouvertüre und dem Beginn der Oper eine kurze Pause eintreten zu lassen. **H. M.**

Aus aller Welt.

Die Entmündigung des Prinzen Friedr. Leop. von Preußen aufrechterhalten. Seit vorigem Dienstag wurde vor dem Geheimen Justizrat am Berliner Kammergericht die Klage des Prinzen Friedrich Leopold Sohn gegen das Königliche Hausministerium wegen Aufhebung der von diesem Ministerium beantragten Entmündigung verhandelt. Die Entmündigung war wegen angeblicher Verschwendungen des Prinzen verhängt worden. Der Prinz sollte insbesondere während seines Münchener Aufenthalts ganz gewaltige Aufwendungen für Kunstgegenstände und Juwelen gemacht und seine Studien vernachlässigt haben. Unter den Vertretern des Prinzen befand sich der Rechtsanwalt Wolfgang Heine-Berlin. Die Verteidiger vertraten den Standpunkt, daß der Prinz nur Ausgaben gemacht habe, die durchaus seinen Mitteln entsprochen hätten.

In der Sitzung am Donnerstag wurde nach dreistündiger Beratung der Beschluß dahin verkündet, daß die Klage abgewiesen sei. Der Kläger hat die Kosten zu tragen. Nach der Sachlage habe der Kläger vor dem Entmündigungsbeschlusse durch Häufung von Schulden für übermäßige und über seine Verhältnisse weit hinausgehende Ankäufe, insbesondere von Juwelen, sich der Gefahr des Notstandes ausgesetzt, und er sei daher als Verschwender zu betrachten und mit Recht entmündigt worden. Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt.

Der erwischte Goldschmuggler. Bei der Papiergeldwirtschaft, die im früheren Zarenreiche getrieben wurde, bedingen Zahlungen in Gold ein ungeheures Aufgeld. Aus einem vor einiger Zeit in München verhandelten Prozeß ist noch erinnerlich, daß Goldaufkäufer das deutsche Zwanzigmarkstück mit 53 Mark bezahlten. Der unerlaubte Goldhandel geht mit Vorliebe den Weg nach dem Osten. Bei den dortigen, ganz unklaren Geldverhältnissen, die das Papiergeld äußerst entwertet haben, wird Gold mit einem vielfachen Aufgelde bezahlt. In der letzten Zeit hat eine besonders scharfe Ueberwachung der Grenze nach Goldschmugglern eingesetzt, die in den letzten Tagen den ersten großen Erfolg buchen konnte. Auf dem Grenzbahnhofe Alexandrowo, der täglich von zahlreichen Soldaten auf der Rückreise von der Heimat nach den besetzten Gebieten passiert wird, fiel einem Zollbeamten auf, daß ein Soldat einen Rucksack trug, der besonders schwer zu sein schien. Auf die Frage, was der Rucksack enthalte, antwortete der Besitzer, ein Gefreiter Isidor B. aus Berlin, es seien Nägel darin, die er für seine Kompagnie nach Warschau mitnehmen solle. Die Ausrede schien unglaubwürdig und der Rucksack wurde geöffnet. Er enthielt 30000 holländische Gulden in Gold. Wäre der Transport geglückt, dann hätte der Schmuggler und seine Hintermänner einen Gewinn von 100 000 Mark sicher davongetragen. Das Gold wurde für verfallen erklärt und der Reichsbank überwiesen. Den Soldat, der sich zum Transport verführen ließ, sieht seiner militärgerichtlichen Bestrafung entgegen.

Neue Schuhverordnung.

Nächstens, Mensch, in guter Ruh
Kaufst du dir die neuen Schuh.
Ungedrängelt, ungeplagt,
Denn dir ist ein Paar verbürgt.

Bildest nicht, zu deinem Schaden,
Polonäse vor dem Laden.
Stehst nicht schmerzhaft (an der Rampe)
Dir dein O-Bein in die Wampe.

Bringe nur zur rechten Stunde
Ausweis, Paß, Geburtsurkunde.
Das Vertrauen wird gestählt,
Wenn der Impfschein dir nicht fehlt.

Schreib' [illegible] Lebenslauf
[illegible] autographisch auf.
Polizei- und Führungs[illegible]
Reich' in Doppelstück [illegible] ein.

[illegible] dann auf alle Fälle
Einen [illegible]
Wenn Ihr so zu zweit'n erscheint,
Wirst du doch, am Schluß, bedient.

Sollst du [illegible] dem ledigen
Blondgelockten Ladenmädchen —
Und sie [illegible]
„Ihre Nummer [illegible] noch mehr!"

([illegible])
[illegible]

Kreis Liegnitz-Goldberg-Haynau.

Expedition: Liegnitz, Klosterstraße 8

Abonnement 25 Pf. pro Woche, 3.10 Mk. pro Vierteljahr, durch die Post bezogen 3.52 Mk. frei ins Haus.
Inserate: Kolonelzeile 15 Pf., Familien-Nachrichten, Vereins-Anzeigen, Kleine Anzeigen pro Zeile 10 Pfg.

Telephonruf 2310.

Liegnitzer Nachrichten.

Liegnitz, den 21. Juni.

Wohnungsnot in Liegnitz.

Wie in allen anderen Städten, so mangelt es auch in Liegnitz an Kleinwohnungen. Zwei- und Dreizimmer-Wohnungen, für die die Arbeiterschaft unter Auferlegung sonstiger Opfer allenfalls die Miete noch aufzubringen sucht, sind kaum zu haben, es sei denn für „ruhige und kinderlose Familien". Daß dieser Mangel an Kleinwohnungen von vielen Hauspaschas dazu benutzt wird und benutzt werden kann, Familien mit größerer Kinderzahl zurückzuweisen, ist auch ein Zeichen der Zeit. Anstatt daß von Staat und Gemeinden kinderreichen Familien in weitgehendster Weise beigestanden wird, daß sie nicht neben den vielen anderen Nöten auch noch unter der Wohnungsnot zu leiden haben, ist man höchstens in Sorge, ob die Herren Hauswirte auch die Zinsen aufbringen können. An eine durchgreifende Reform zur Beseitigung der Wohnungsnot geht man nur langsam und schweren Herzens heran. So war es in Liegnitz einer kinderreichen Familie trotz aller Mühe nicht möglich, eine Wohnung zu finden, und sie mußte nach einer anderen Stadt übersiedeln. Der Vater und Ernährer dieser starken Familie hat nun neben der Sorge um die Beschaffung des Lebensunterhalts die Kosten für Bahnfahrt aufzubringen. Außerdem ist er, abgesehen von der Arbeitszeit, mehrere Stunden der Familie entzogen und reibt dabei seine Gesundheit auf. Und dies alles, weil der Arbeiter zu Nutz und Frommen des Staates eine kinderreiche Familie hat.

Wann wird man denn in Liegnitz an eine Wohnungsreform denken? Hat sich unser neugewählter Stadtrat und Baumeister Palatzky schon einmal mit dieser Frage beschäftigt? Täglich kommen weitere Mieter und klagen, daß sie infolge ihrer Kinderzahl eine Wohnung nicht bekommen können. Anderen wiederum wird infolge der großen Kinderzahl die Wohnung aufgekündigt. Das Mietseinigungsamt ist außerstande, hier etwas zu tun, wenn sich nicht die Behörden dazu aufraffen, den Mietern Schutz und Hilfe zu gewähren.

Sollte es aber dem Magistrat unmöglich sein, eine durchgreifende Aenderung platzgreifen zu lassen, dann muß eben wie in anderen Orten das stellvertretende Generalkommando eingreifen, und das Mietseinigungsamt ermächtigen, daß ohne seine Zustimmung Familien die Wohnung nicht aufgekündigt werden darf.

So ist dieser Tage eine Mieterschutzverordnung für Stettin und Umgegend vom Stellv. kommandierenden General des II. Armeekorps angesichts der ungewöhnlich großen Zahl von Kündigungen zum 1. Oktober erfolgt. Kündigungen von Wohnungen, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob der jährliche Mietzins unter 1000 Mark bleibt oder nicht, ob eine Mietsteigerung bezweckt wird oder nicht, sind danach nur zulässig, wenn das Mieteinigungsamt oder die Polizeiverwaltung die Genehmigung zur Kündigung erteilt hat. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn kein wichtiger Grund für die Kündigung vorliegt. Bereits ausgesprochene Kündigungen bedürfen der nachträglichen Genehmigung. Auch Räumungsklagen oder Vollstreckungen aus Räumungsklagen sind nur mit Genehmigung des Mieteinigungsamtes oder der Polizeiverwaltung zulässig.

Baut Wohnungen!

Im Interesse der Landwirtschaft liegt es, daß die beabsichtigten Bauten nach dem Kriege tunlichst bald beantragt werden, damit das erforderliche Baumaterial gesichert werden kann.

Die Herren Kräulereibesitzer sowie Besitzer von Grundstücken die Um-, Aus- oder Neubauten von Wohnungen zur Aufnahme von verheirateten Arbeitern vorzunehmen beabsichtigen, werden von der Polizeiverwaltung ersucht, sich bis spätestens Donnerstag, den 27 Juni, in der Bauregistratur — Zimmer 63 des Rathauses — zur Aufnahme des Bauvorhabens zu melden.

Voranmelden von Grieß.

Auf die Lebensmittelmarke Nr. 41 werden demnächst 125 Gramm Grieß als Ersatz für die Kürzung der Brotration abgegeben. Wer auf diese Lebensmittelmarke Ware kaufen will, hat bis Sonnabend, den 22. Juni, einem Verkäufer nach seiner Wahl die aufgerufene Lebensmittelmarke zur Abtrennung des Anhanges, Abstempelung der Marke usw. vorzulegen.

Stillegung von Bäckereien.

Eine größere Anzahl von hiesigen Bäckereien, die von der Kriegsamtsstelle Posen seinerzeit ausdrücklich als Höchstleistungsbetrieb anerkannt worden sind, hat unter dem 14. Juni von der hiesigen Fürsorgestelle für Arbeitslose im städtischen Rathause das folgende Schreiben erhalten:

„Wir teilen Ihnen mit, daß die Kommission in der Sitzung vom 13. Juni beschlossen hat, daß für die nächsten Monate Ihr Bäckereibetrieb stillgelegt werden muß. Sie wollen davon Kenntnis nehmen, daß Ihnen vom 1. Juli ab das Backen verboten wird. Die Ortskohlenstelle sowohl wie die Mehlverteilungsstelle sind davon benachrichtigt, in gleicher Weise das Kriegsamt. Wegen Zuteilung eines Backbetriebes, der Ihnen die Backware liefert, wollen Sie sich mit Herrn Obermeister Rauh und der Mehlverteilungsstelle in Verbindung setzen."

Hierzu wird von unterrichteter Seite noch folgendes mitgeteilt:

Es handelt sich bei diesen Maßnahmen nicht um eine neue Stillegung von Bäckereien, sondern lediglich um einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit. Als im vorigen Jahre von der Kriegsamtsstelle Posen die Stillegung eines Teils der Bäckereibetriebe angeordnet wurde, wurde dieser Verfügung dadurch nachgekommen, daß man in Liegnitz von etwa 100 Betrieben 58 bestehen ließ während die übrigen, also ein reichliches Drittel, den Betrieb einstellen mußten. Die stillgelegten Betriebe wurden aber von den weiterbackenden Betrieben beliefert mit Backwaren und dadurch einigermaßen schadlos gehalten.

Auf jeden Fall aber bleiben die aktiven Betriebe im Vorteil gegenüber den stillgelegten. Es war nur von vornherein in Aussicht genommen, die Maßregel (abwechselnd zur Durchführung zu bringen) und in sechsmonatigem Turnus je ein Drittel der Betriebe stillzulegen. Auf diese Weise kommen alle Betriebe, sobald sie an der Reihe sind, in die Lage, selbst zu backen und den höheren Verdienst einzustecken. Auf die Brotausgabestellen hat die Maßregel nicht den geringsten Einfluß denn dieselben werden in bisheriger Weise beliefert und das Publikum kann nach wie vor dort die Backwaren beziehen, selbst wenn vielleicht die Stillegung der Betriebe sich nicht immer gleichmäßig über das ganze Stadtgebiet verteilen läßt. So wird uns z. B. aus der Carthause mitgeteilt, daß dort besonders viel Betriebe vom 1. Juli mit der Maßregel bedacht worden seien. Die Brotausgabestellen werden nach wie vor beliefert und das Publikum wird nicht in Verlegenheit kommen.

* **Höchstpreis-Ueberschreitung.** Der Obstpächter und Handelsmann Alfred Siegmund aus Kummernick, Kreis Glogau, brachte auf seinem Wagen im vorigen Jahre 15 Zentner Pflaumen nach Liegnitz und verkaufte sie hier für den Preis von 30 Mark pro Zentner während der Höchstpreis nur 23 Mk. betrug. Die Differenz von 7 Mk. wurde als Frachtlohn angesehen, da eine solche Fuhre von Kummernick nach Liegnitz nicht billig ist, weil sie zwei Tage dauert. Wegen Höchstpreisüberschreitung angeklagt, wurde S. vom Schöffengericht Liegnitz freigesprochen. Auf die Berufung des Amtsanwalts kam die Sache vor die Strafkammer, die den Angeklagten zu 300 Mark Geldstrafe verurteilte.

Standesamtliche Nachrichten aus Liegnitz.

Todesfälle. Rudolf, Sohn des Hilfsschaffners Richard Liepolt, 2 Mon. 21 Tage. — Schrankenwärter Heinrich Niedergesäß, 42 J. — Wirtschaftseleve Gustav Grohnert, 19 J.

Führer durch die Kunstgeschichte
von **Ernst Schur.**

Inhalt:

Vorrede	Rom
Zur Einführung	Europa
Der Orient	a) Das Mittelalter
a) Aegypten	Der romanische Stil
b) Assyrien	Der gotische Stil
c) Persien	b) Die Renaissance
d) Indien	c) Barock
e) China	d) Rokoko
f) Japan	Die Kunst des 19. Jahrhunderts.
Die Antike	Wie sollen wir Kunstwerke betrachten?
Griechenland	

Anhang mit 9 Abbildungen.

Preis anstatt 2.— Mk. nur 1.— Mk.

Buchhandlung „Volkswacht"
Modernes Antiquariat

Die Rechte und Pflichten der Käufer in Abschlagsgeschäften
Von Alfred Peikert.
Preis 20 Pfennig

Rechtsfragen bei Todesfällen
Erläutert von Arbeitersekretär Alfred Peikert.
Preis 40 Pfennig.

Buchhandlung Volkswacht.

25 jähriges Arbeits-Jubiläum.
Der Former August Walter feierte am 20. Juni sein 25 jähriges Arbeitsjubiläum in Firma „CERES-Werke". Dem Jubilar wurden von seinen Arbeitskollegen allseitig Ehrungen entgegen gebracht, wofür hier allen der Dank ausgesprochen wird. [237
Liegnitz, den 20. Juni 1918.
August Walter, Former.

Vertrauensstellung
Einfache Person, die keinerlei Arbeit scheut, zum selbständigen Einkauf in ein Geschäft gesucht.
Zu erfragen unter O. B. 285 an die Expedition dieser Zeitung.

Tüchtige Stellmacher u. Tischler
stellt ein 228
Ceres
Maschinenfabrik Akt.-Ges., Liegnitz.

„Der wahre Jakob"
Sozialdemokratisches Witzblatt
Zu beziehen durch Expedition und Kolporteure

Vom Schreibtisch in den Krieg
Skizzen von Richard Schiller
Preis 40 Pf.
Zu beziehen durch die Volkswacht-Buchhandlung

Neues Sommer-Theater
(Neue Haynauerstraße 27a.)
Leitung: Willy Koßmann
Stellv: Hugo Knappe.
Spielplan:
Freitag, 21. Juni:
Neuheit! Neuheit!
Blitzblaues Blut.
(Ermäß. Operettenpreise)
Sonnabend, 22. Juni:
Volksvorstellung
zu ganz kleinen Preisen.
Logen 1 Mk., alle anderen Plätze 60 Pfg.
Stolze Thea.
(Operetten-Neuheit)
Sonntag, 23. Juni, zum 1. Male:
Die Dollarprinzessin
von Leo Fall.
Operetten-Preise.
Montag, den 24. Juni:
Auf vielseitigen Wunsch zu bedeutend ermässigten Preisen
Drei alte Schachteln.
Anfang Wochentags abends 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.
Anfang Sonntags abends 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.

Auch Bücher werden teurer!
Deshalb empfehlen wir, solange der kleine Vorrat:

Vom Mittelmeer zum Pontus
von Dr. Ernst v. d. Nahmer
mit 20 Abbildungen und 1 Karte.
Leinenband, bisher Mk. 7.50
nur Mk. 3.50

Am blauen Mittelmeer
von Wilhelm Hörstel
318 Seiten, mit 12 Vollbildern
in gutem Leinenband, bisher Mk. 7.50
nur Mk. 3.50

Modernes Antiquariat
Buchhandlung Volkswacht
Graupenstraße 5.

Erscheint 3 mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Automaten-Restaurant. Zentral-Automat, G. m. b. H., Kramerstr. 12
Bierbrauereien, Bierverleger. [illegible]
Buchdruckerei, Papier-, Schreibwaren. [illegible]
Eisen- und Stahlwaren. [illegible]
[illegible] Gelbstr. 27, Haus- und Küchengeräte.
Fahrräder, Nähmaschinen. Baumert, Paul, Neue Goldbergerstr. 75
[illegible] Haynauerstraße 3, [illegible] Gustav-Adolfstr. 18.
Titze, Carl, Jauerstraße 3.
[illegible] Breslauerstr. 20.
Fahrräder, Zubehörteile. Kühn, Max, Mittelstr. 29, Kein Laden.
Galanterie- u. Spielwaren. [illegible]
Gasthöfe u. Restaurationen. Gewerkschaftshaus, Katzbachstraße 1.
Zur Neustadt, N. Breslauerstr. 46, Inh.: H. Hürtel.
Glaserei und Bildereinrahmung. Warschauer, Mittelstr. Nr. 50.
Herren-Garderobe. Danziger, L., [illegible]
Schiller, S., Mittelstraße 21, Größte Auswahl.
Schwarz, Max, Mittelstr. 35, Arbeiter-Garderobe.
Hohlschleiferei und Stahlwaren-Spezial-Geschäft. Weidner, Ritterstr. 37 am Ring
Kolonialwaren. Rolke, Gust., Mittelstr. 35, [illegible]
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren. Roppatsch, M., Mittelstraße 16.
Kröger, Auguste, Neue Gartenstr. 1. Arbeiter-Garderobe.
Lederwaren. Paul Schrom, Mittelstr. 29, Telefon 2656.
Möbel-Magazine. [illegible]
Obst- und Beeren-Weine. Kühn, G. A., Schulstraße 9.
Photographisches Atelier. Pohl, A., jetzt Gustav-Adolfstr. 28, I.
Roßfleisch u. Wurstwaren. Herrman, Ernestine, Mittel-Str. 31
Spezial-Putzgeschäft. Foerster, M., Mittelstraße 7
Sarg-Magazin und Beerdigungsinstitut. Gärtig, Emil, [illegible] straße 32.
John, Paul, Jauerstr. 36, Marienplatz 11.
Strumpfstrickerei. Werner, Gust., Frauenstr. 30. Strümpfe jeder Art billig.
Zigarren, Zigaretten. Bleder, M. (früher Richter) Schloßstraße 25.
Goldberg [illegible]
Glas- und Porzellanhandlung. Großer, Osw. Ring 10.
[illegible] und Bäckerei. Weinhold, Friedrich, [illegible]
Haynau Galanterie- u. Spielwaren. Müller, J., Liegnitzerstraße 57/58.

Verantwortlicher Redakteur: [illegible] — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5. — Verlag der „Volkswacht", G. m. b. H. — Druck von W. Scholz G. m. b. H., [illegible] Breslau. Hierzu 1 Beilagen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 21. Juni.

Stadtverordneten-Versammlung.

Ohne erhebliche Erregung und Debatten erledigte die Versammlung der Stadtväter gestern eine große Zahl minderwichtiger Vorlagen, darunter auch solche, die erhebliche Kosten verursachen.

Der Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes, den der Magistrat an die zuständigen Behörden richten soll, wurde vom Stadtverordneten **Feige** in einer Weise begründet, die die Reden seiner Parteifreunde Müller-Meiningen und Gothein zur gleichen Sache glatt verleugnet. Leider verhinderte eine Abrede, die die einstimmige Annahme zum Zweck hatte, unsere Genossen, diese Begründung durch einige Beweisstücke zu erweitern und ihre vom Referenten abweichende Meinung kundzutun. Sie hätten sonst darauf hingewiesen, in welch unglaublicher Weise durch den Belagerungszustand die Organe der öffentlichen Sicherheit lahmgelegt werden, indem man zum Beispiel in gleichzeitig tagende fünfzehn „Zahlabende" des Sozialdemokratischen Vereins **fünfzehn Wachtmeister und fünfzehn Polizeisergeanten** entsendet, während die jetzt doch gerade zahlreich genug vorhandenen Einbrecher in dieser Zeit frei Tanzen haben. Nach dem Reichs-Vereinsgesetz wäre eine solche „Ueberwachung" überhaupt nicht möglich. Wie nützlich sich diese Beamten betätigen, mag daran illustriert werden, daß kürzlich zwei davon eine Gewerkschaftsversammlung verhinderten, einen Beitrag aus der Kasse in die — **Ludendorff-Spende** zu bewilligen, weil das „nicht genehmigt" sei. Ein Einwand des Oberbürgermeisters, der sich im übrigen dem Antrage und seiner eigenartigen Begründung anschloß, wurde von den Stadtverordneten **Löbe** und **Herschel** zurückgewiesen. Der Oberbürgermeister meinte nämlich, daß man für eine einzelne Stadt besondere Bestimmungen nicht erwarten könne, was durch einen Hinweis auf Berlin entkräftet wurde.

Zu den Vorlagen für die **Hebung der Kleinwohnungsnot** gab es noch eine kurze Debatte, über die wir an anderer Stelle berichten. Für den sofortigen Umbau geeigneter Räume zu Wohnungen wurde ein Ausschuß gewählt, dem die Herren Bluhm, Dr. Hamke, Löbe, Müller, Philipp, Boß, Wedmann, Zander, Henry und Dr. Steinitz angehören sollen. Eine wichtige Ergänzung fand die Magistratsvorlage durch Annahme eines Antrages **Heidrich I**, der eine **städtische Wohnungsvermittelungsstelle** mit dem **Zwang zur Anmeldung** aller freien Wohnungen durch die Hausbesitzer fordert.

Der Ausbau der Jahrhunderthalle soll noch einmal — zum wievielten? — im Ausschuß beraten werden, die Neubelegung des Ringdaches dagegen wurde einstimmig beschlossen.

In den Aufsichtsrat der Möbelbeschaffungsstelle wurden die Stadtvv. **Brosig** und **Thym** gewählt.

Die Wohnungsnot.

Mit der Fortsetzung der Aussprache über das in voriger Sitzung mitgeteilte Gutachten des Sonderausschusses zur Förderung des Kleinwohnungsbaues wird die Beratung eines Magistratsantrages verbunden, zur Herstellung von Kleinwohnungen in vorhandenen Dach- und **Kellerräumen** sowie durch Umänderung **großer Wohn- und Geschäftsräume** in Kleinwohnungen 500 000 Mark bereitzustellen.

Die Stadtvv. **Oettinger** (lib.) und **Müller** (lib.) begründen die Vorlage. Durch Bereitstellung städtischer Gebäude kann nur in sehr geringem Umfange zur Milderung der Wohnungsnot beigetragen werden. Der Barackenbau ist sehr kostspielig. Dagegen kann eine teilweise Abhilfe erfolgen, wenn vorhandene Räume in Dach- und Kellergeschossen als Wohnräume freigegeben und hergerichtet würden, und zwar soll das auf fünf Jahre geschehen. Auch könnten größere Wohnungen und Geschäftsräume zu kleinen Wohnungen umgestaltet werden. Im ganzen lassen sich sowohl 400 bis 500 Kleinwohnungen zum vorübergehenden Gebrauche schaffen.

Stadtv. **Herschel** (Ztr.) bittet um einstimmige Annahme der Vorlage. Es gilt zunächst für den ersten Ansturm der heimkehrenden Krieger Vorkehrungen zu treffen. An die Hausbesitzer richtet Redner die dringende Bitte, sich der kinderreichen Familien mehr anzunehmen. Eine **Zwangseinquartierung** würde als der schwerste Eingriff in das Privatleben empfunden werden. Es müssen Läden als Wohnräume benutzt werden. Ebenso die Häuser an der Friedrichstraße, die noch nicht abgerissen sind.

Stadtv. **Löbe** (Soz.) betont, daß es sich hier nur um eine notdürftige Uebergangsmaßnahme handeln könne, die so bald als möglich durch einen ordentlichen Kleinwohnungsbau mit städtischen Mitteln und vielleicht auch auf städtischem Lande abgelöst werden müsse. Breslau kann als Handels- und Industriestadt nicht gefördert werden, wenn man nicht gleichzeitig für Wohngelegenheit seiner Arbeiter sorgt. Die ist aber jetzt schon schwer zu finden; mir sind aus allerletzter Zeit sechs Fälle bekannt, wo Leute sich vergeblich um kleine Wohnungen bemühten. Was die **Zwangseinquartierung** anbetrifft, so hat die braunschweigische Regierung schon einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der den Anfang dazu macht. Legt man in Villen, Schlösser, große Wohnungen Zwangseinquartierung heimkehrender Krieger, dann werden sich schnell die Mittel finden, ihnen eigene Wohnungen zu bauen. Man hat ja während des Krieges Stickstoffwerke von riesiger Ausdehnung aus dem Boden gestampft, Zement für riesige Befestigungswerke aufgetrieben und riesige Eisenmassen für Munition, da wird es wohl auch möglich sein, Eisen, Holz und Baustoffe für Wohnungen zu gewinnen. Man muß nur mit der gleichen Energie darangehen.

Stadtv. **Brendgen** (kons.) rät zu alsbaldiger Materialbeschaffung für den Häuserbau. Man müsse auch an den Fachbau mit Holz und Lehm denken. Dazu seien Eingemeindungen sehr nötig.

Stadtv. **Heidrich II** nimmt einen schon früher abgelehnten Antrag wieder auf, ein Vermittelungsamt für leerstehende **Kleinwohnungen** zu gründen. Der Antrag wurde bei der Abstimmung **angenommen**.

Der Belagerungszustand.

Stadtv. **Feige** (lib.) begründet den Antrag aller Parteien, den Magistrat zu ersuchen, geeigneten Ortes wegen Aufhebung des Belagerungszustandes vorstellig zu werden. Der Redner will im ganzen nicht auf die Klagen im Parlament über ungleiche Behandlung eingehen. Die stellvertretenden Generalkommandos haben sich im Laufe des Krieges auch um die Zivilbevölkerung verdient gemacht. Ihm liegt vor allem daran, daß das Verkehrswesen von den Fesseln des Belagerungszustandes befreit wird. So dürfen z. B. optische Waren in Breslau nicht verkauft werden. Der Belagerungszustand soll erklärt werden, wenn eine Provinz vom Feinde bedroht oder zum Teil besetzt ist. Im Rathause prangt das bekannte Plakat: „Schlesier! Der Frieden im Osten ist gesichert." „Nunmehr liegt jede Kriegsgefahr weit hinter uns." Es ist richtig, daß wir den Heerführern und den Soldaten Dank dafür schulden, daß die gesetzlichen Grundlagen für den Belagerungszustand gefallen sind. Mindestens könnten einige Bestimmungen des Belagerungszustandes außer Kraft gesetzt werden. Es würde einen erfreulichen Einfluß nach innen und nach außen haben, wenn bei uns Erleichterungen geschaffen würden, die in den gepriesenen Ländern der Freiheit nicht bestehen. Mindestens sollte also erwogen werden, inwieweit eine mildere Praxis möglich ist.

Oberbürgermeister **Matting** ist mit der Tendenz des Antrages einverstanden. Für die Stadt Breslau sind aber Ausnahmen sehr unwahrscheinlich. Um der Mithilfe des Städtetages müssen wir ganz allgemeine Anregungen geben. Ich kann mir nicht denken, daß der Belagerungszustand in Breslau aufgehoben werden könnte, wenn er sonst in der Provinz fortbesteht.

Stadtv. **Löbe** (Soz.): Um eine einstimmige Annahme des Antrages zu erzielen, ist vereinbart worden, den Antrag nicht zu besprechen. Nur deshalb verzichten wir darauf, andere Gründe zu seiner Befürwortung vorzubringen und mancher Auffassung des Referenten entgegenzutreten. Der Oberbürgermeister aber irrt sich, für Berlin allein ist zum Beispiel der Belagerungszustand nach dem großen Streik verschärft und einige Tage später wieder gemildert worden, das ist also sehr wohl möglich.

Stadtv. **Herschel** (Ztr.) schließt sich dem an. Wir halten uns im Rahmen unserer Zuständigkeit, wenn wir die Aufhebung nur für unsere Stadt beantragen.

Der Antrag wird hierauf **einstimmig angenommen**.

Für Dacharbeiten an der **Jahrhunderthalle** wurden 42 000 Mk. bewilligt.

Die Vorlage auf Bewilligung von 255 000 Mark zur Herstellung eines Holzfußbodens im Kuppelraum der Halle wurde dem Ausschuß überwiesen.

Gegen die Auszahlung von 97 632,96 Mark Brandentschädigung für die **Mittelmühle** durch die städtische Feuerversicherungsanstalt, ohne daß die Wiederherstellung der Gebäude verlangt wird wurde kein Einspruch erhoben.

Zur Veranstaltung von **Vorträgen für die Lehrerschaft** wurden 610 Mark bewilligt.

Dem **Roten Kreuz** wurden 5000 Mark zugewendet.

Zur Einrichtung eines **zweiten Ausganges** aus dem Orchesterraum des Stadt-Theaters wurden 4500 Mark bewilligt.

Für den Anstrich in der **Rindermarkthalle IV** wurden 19 100 Mark bewilligt während der Magistrat 24 600 Mark beantragt hatte.

Der Auszahlung von **Familienbeihilfen** und **Kriegsteuerungszulagen** an die Empfänger von städtischem **Ruhegehalt**, Witwen und Waisengeld ab 1. April 1918 in Höhe von 50 Prozent der den aktiven Beamten zukommenden Beträge wurde zugestimmt.

Die Geschäftsordnung für das Breslauer Kriegsmietsamt wird **dahin** abgeändert, daß fortan 30 Hausbesitzer und 30 Mieter als Beisitzer gewählt werden. Stadtv. **Löbe** regte dabei an, nicht nur Stadtverordnete sondern auch andere Bürger als Beisitzer heranzuziehen, da die Arbeiten viel zu umfangreich geworden sind, um von vielbeschäftigten Stadtverordneten bestritten zu werden.

Das Vermächtnis des verstorbenen Kaufmanns **Walter Henel** in Höhe von 10 000 Mk. für Unterstützung von würdigen Armen wurde mit Dank angenommen.

Auf einen Dringlichkeitsantrag des Magistrats wurden zwei Vertreter der Stadtverordnetenversammlung in den Aufsichtsrat der neugebildeten Gesellschaft zur Herstellung von **Möbeln für Minderbemittelte** gewählt. Die Wahl fiel auf die Stadtverordneten **Brosig** und **Thym**.

Dem Grundstücksankauf in Althof-Naß wurde zugestimmt.

Schluß der öffentlichen Sitzung um 7 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Die Urlaubssperre aufgehoben!

Am 1. Juni 1918 ist die **Urlaubssperre** aufgehoben worden. Für die **Urlaubsreisen** aus dem Felde sind nunmehr neue Vorschriften getroffen worden. Reichstags-Abgeordneter **Stücklen** schreibt darüber in seiner Militärkorrespondenz:

Die Urlauber werden in **besonderen Militärtransportzügen** befördert. Man will dadurch erreichen, daß trotz Verminderung der Zugzahl eine **größere Anzahl Urlauber** befördert werden können. Zu diesem Zweck wird für jede Armee ein Bahnhof bestimmt, auf welchem sich täglich alle Urlauber der Armee zu sammeln haben. Von diesem **Urlauber-Armee-Bahnhof** gehen täglich ein bis drei Züge nach bestimmten Heimatsgebieten ab, welche die Urlauber so nahe als möglich an ihr Urlaubsziel heranführen. Die Rückkehr erfolgt in der gleichen Weise. Die Züge endigen auf dem Urlauber-Armee-Bahnhof.

Daß jeden Tag Züge von dem Armee-Bahnhof abgehen, wird nicht gewährleistet. Die Urlauber werden also künftig in der Auswahl der Züge weder für die Her- noch für die Rückreise unbeschränkt sein, sondern sie sind auf die Benutzung dieser **Militärtransportzüge** angewiesen. Um jedem Urlauber einen Platz zu sichern, werden in diesen Zügen **Platzkarten** ausgegeben, die neben dem Besitz eines Urlaubs- und Fahrscheines die notwendige Voraussetzung zur Benutzung eines solchen Militärtransportzuges sind.

Die Beförderung der Urlauber in diesen Militärtransportzügen bedingt jedoch eine **längere Reisedauer**. Damit den Urlaubern dieser Umstand nicht zum Nachteil gereicht, sollen die Reisetage **nicht** auf die bewilligte **Urlaubsdauer** angerechnet werden und außerdem sollen die Urlauber wie Truppen **verpflegt** werden, die sich auf Transporten befinden. Für die **Reisetage** wird deshalb die **Geldabfindung** für Selbstbeköstigung **nicht mehr gewährt**.

Für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Zügen sorgen Transportkommandos, die von der betreffenden Armee gestellt werden. Den **Offizieren** wird die Benutzung dieser Züge ebenfalls empfohlen und als Anreiz dazu wird ihnen die Mitnahme des Burschen und unbeschränkten Gepäckes gestattet, was in den D-Zügen verboten ist. Die Benutzung der D-Züge ist künftig auf folgende Fälle beschränkt:

1. Für vorausbefördertes Personal verschiedener Truppenteile; 2. bei Todesfällen und schwerer Erkrankung nächster Angehöriger; 3. zur Regelung privater Angelegenheiten, welche die sofortige und persönliche Anwesenheit des Beurlaubten erfordern; 4. für Burschen kriegsbeschädigter Offiziere und höheren Beamten, die auf Reisen fremder Hilfe bedürfen; 5. Burschen von Offizieren und höheren Beamten beim Antritt eines Kommandos; 6. Burschen von Stabsoffizieren und höheren Beamten in Regimentskommandeurstellungen und aufwärts, sowie höheren Beamten des gleichen Ranges.

Man hofft durch diese Zusammenfassung der Urlauber in besonderen Transportzügen der **unerlaubten Entfernung** von Mannschaften wirksamer als bisher entgegentreten zu können. Ob dieses Ziel erreicht wird, bleibt allerdings abzuwarten. Jedenfalls wird die Urlaubsreise erheblich unbequemer gemacht, als sie es bisher gewesen war.

8 Millionen Ueberschuß.

Der Ueberschuß des Breslauer Stadthaushalts für das abgelaufene Geschäftsjahr wurde schon während der Etatsberatung auf etwa 6 Millionen Mark beziffert. Die Feststellung des Endergebnisses läßt diesen Ueberschuß, der im Vorjahre 3 Millionen Mark betrug, gar auf 8 Millionen Mark anwachsen. Davon brachte die Einkommensteuer etwa 6 Millionen Mark mehr, die Gewerbesteuer 1 Million, alle Steuern zusammen 7 778 000 Mark.

Dabei muß freilich berücksichtigt werden, was die Stadt in den letzten Jahren an notwendigen Arbeiten nicht hat ausführen können, z. B. an Pflasterungen, Schulhausneubauten und vielen anderen Arbeiten, die der Mangel an Rohstoffen verhinderte. Statt dessen sind für Kriegsausgaben Schulden gemacht die bald 20 Millionen Mark erreichen, sodaß der Ueberschuß sich bei den notwendigen Arbeiten der Uebergangszeit rasch verkrümeln dürfte — trotz seiner stattlichen Höhe.

Gefälschte Zuckermarken.

In letzter Zeit ist es vielfach vorgekommen, daß **gefälschte Zuckermarken** in erheblicher Menge in den Verkehr gebracht worden sind. Die Zuckerhändler werden dringend vor der Annahme solcher Marken gewarnt. Sie würden sich selbst dadurch schädigen, daß ihnen derartige Marken bei der Belieferung mit Zucker nicht angerechnet werden.

Die Ueberbringer gefälschter Zuckermarken sind sofort der Ortspolizeibehörde anzuzeigen. Gleichzeitig ist der Stadtverteilungsstelle [illegible] Mitteilung zu machen.

Sonnenwende.

Schon stehen wir wieder auf der Höhe des Jahres. Der Kalender weist uns heut auf den Beginn des Sommers hin und bald wird uns die Abnahme des Lichts an das Nahen von Herbst und Winter gemahnen. Die Zeit der Blumen und Blüten ist dahin; die Zeit der Ernte ist gekommen. Aus schneeigen Blüten wurden rotwangige Kirschen, aber schon wird ein Baum nach dem andern abgeerntet und interesselos steht er dann da, bis das Laub zu Boden sinkt. Bald klingt im Aehrenfelde die Sense und am Abend streicht der Wind fröstelnd über die Stoppeln. Die Ernte, ja wir erwarten sie sehnlichst, aber was kommt dann wieder, wenn nicht Friede wird? Ein Winter mit Mangel an Kohle und Petroleum, mit mangelnder Bekleidung, und trotz aller Ernten mit mangelhafter Ernährung. Vor dem allen aber graut heut den Menschen schon vor den Hundstagen.

Für gekündigte Mieter!

Mieter, die das Mietsamt zur Schlichtung von Streitigkeiten anrufen, sind oft der irrtümlichen Meinung, das könne nur **einmal** geschehen und sie stehen einer neuen Kündigung wehrlos gegenüber. Das ist nicht der Fall. Sie können das Mietsamt **immer wieder** anrufen.

Spricht es zum Beispiel die Unzulässigkeit einer Kündigung aus und verlängert das Mietsverhältnis unter Einhaltung der bisherigen Kündigungsfrist, dann muß erstens der Vermieter erneut kündigen und zweitens kann dann das Mietsamt wieder angerufen werden.

Es ist also gut, wenn er schon beim ersten Antrag die Forderung ausspricht, daß ihm die bisherige Kündigungsfrist zugebilligt wird.

Gegen den Wohnungsmangel

hat der Regierungspräsident in Breslau folgende Polizeiverordnung erlassen:

Wo die baupolizeilichen Vorschriften Räume von der Benutzung zum dauernden Aufenthalte von Menschen ausschließen, kann zur Hebung von Wohnungsmangel die Ortspolizeibehörde genehmigen, daß solche Räume bis zur Dauer von fünf Jahren für die Bewohnung hergerichtet oder ausgebaut und zum dauernden Aufenthalt von Menschen in Benutzung genommen werden. **Kellerwohnungen** sind nur in Notfällen unter baulich und gesundheitlich günstigen Verhältnissen zuzulassen. Wenn die Kosten des Ausbaues und der für die Bewohnung erforderlichen Herrichtung den Betrag der Jahresmiete übersteigen, kann die Benutzung bis zur Dauer von zehn Jahren genehmigt werden. Kellerwohnungen sind von dieser Verlängerung **ausgenommen**.

Die Polizeiverordnung erlischt am 1. Oktober 1925. Nachher dürfen auch die Fristen in den vorher genehmigten Fällen nicht mehr verlängert werden.

Obstkernsammlung.

Die Sammelstellen des Nationalen Frauendienstes und des Vaterländischen Frauenvereins Breslau-Stadt sind auf den Anschlägen auf den Litfaßsäulen und in den Schulen genannt.

Die Hilfe der Arbeitskollegen.

Der Schlosser M. erlitt im Jahre 1912 durch Unfall eine Verletzung des linken Daumens und bezog anfänglich eine Rente von 20 Prozent, nachdem sein Arbeitgeber, die Firma Meinecke, auf Anfrage mitgeteilt hatte, daß er 30 bis 40 Prozent weniger verdiene als andere Schlosser. Später wurde die Rente auf 10 Prozent herabgesetzt und schließlich entzogen, als die Firma ihn nun als vollwertige Kraft bezeichnet und angegeben hatte, daß er ein Stundenlohn von 50 Pfg. beziehe. M. legte gegen die Entziehung der Rente Berufung ein mit dem Begründen, daß er nur 58 Pfg. Stundenlohn habe, der Rest sei Teuerungszulage. Er könne auch nicht mehr alle Arbeit leisten wie früher; dies sage er der Firma aber nicht, um nicht entlassen zu werden; seine Kollegen sind ihm bei der Arbeit behilflich. Sein Vertreter, Arbeitersekretär Peikert, bemerkt, daß heute ein Schlosser über 1,20 Mk. Stundenlohn erziele, während M. nur 58 Pfg. habe. Der ärztliche Sachverständige sprach sich für eine noch bestehende Erwerbsbeschränkung aus und für Anerkennung des Anspruchs. Durch Urteil des Oberversicherungsamts werden dem M. hierauf 10 Prozent Rente weiterbewilligt.

Die Zusatzrente

wird nach dem Gesetz nur solchen Renten bewilligt, die eine Unfallrente von mindestens 66⅔ % beziehen und auch dann nur, wenn **Bedürftigkeit vorliegt**. Wer also eine Rente unter 66⅔ % bezieht, soll erst keinen Antrag auf Gewährung der Rente stellen. Es ist völlig aussichtslos und verursacht nur unnötige Kosten und Zeitverlust. [illegible] der Wächter St. erfahren, der, [illegible] er nur eine Rente von 60% bezieht, einen Antrag auf Gewährung der Zusatzrente gestellt hatte. Er verdiente 3 Mark täglich, [illegible] **Bedürftigkeit** allein schon zur Bewilligung der [illegible] konnte er nicht begreifen, daß er vom Oberversicherungsamt mit seinem Antrag abgewiesen wurde, [illegible] eine [illegible] Reise von [illegible] nach Breslau gemacht, und die Kosten [illegible] nicht **persönlich geladen** war.

Die zu Zuchthaus Verurteilten,

die durch Strafurteil aus dem Heere oder der Marine Entfernten und die mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte Bestraften haben sich jetzt auch zur Landsturmrolle zu melden und zwar in den nächsten acht Tagen. Alles Nähere ist aus der Bekanntmachung an den Anschlagsäulen zu ersehen.

Ein Pfund Tomaten 2,50 Mark.

In den Markthallen und Obst- und Gemüsegeschäften werden jetzt die ersten Tomaten verkauft, schöne vollrote Früchte, die jeden zum Kaufe anlocken. Aber der Preis ist für die meisten unerschwinglich. Es werden nämlich nicht weniger als 2,50 Mk. für ein Pfund verlangt. Das ist ein rechter Wucherpreis! Doch die Erzeuger und Händler machen es nicht billiger. Die reichen Leute, so meinen sie offenbar, die können ja bezahlen, und die andern, die können warten, bis die Tomaten billiger werden.

* **Kein Buchenlaub-„Tabak" mehr.** Das Buchenlaubrauchen für die Soldaten hat sein Ende erreicht. Die Mindener Zentrale für den Heeresbedarf hat soeben den Rauchtabakfabrikanten die Mitteilung zugehen lassen, daß die Verwendung von getrocknetem Buchenlaub zur Tabakmischung für Heereslieferungen nicht mehr statthaft ist.

* **Wieder eingelegter Zug.** Vom 25. Juni ab wird Zug 1394 Hirschberg ab 6[illegible] mit Anschluß an Zug D1/761 aus Berlin und Zug 1399 Hirschberg an 11[illegible] mit Anschluß an Zug 781 nach Breslau bis und von Josephinenhütte wieder eingelegt.

* **Die Distrikte 8 und 8a** unternehmen Sonntag, den 23. Juni, bei günstigem Wetter einen Ausflug nach Pohlanowitz. Treffpunkt 1 Uhr am Trebnitzerplatz. Abmarsch Punkt 1½ Uhr.

* **Das Varietee im „Deutschen Kaiser"** (Max Marzelli) geht am 10. Juli wieder ein, weil, wie in der Monatsversammlung der Fleischerinnung mitgeteilt wurde, der Saal im ersten Stock liegt, was die Baupolizei für Theateraufführungen nicht als zulässig erachtet.

* **Eine Diebin als Bedienungsfrau.** Auf ein Zeitungsangebot meldete sich dieser Tage eine angebliche Kriegersfrau Fritsch, die vorgab Grünstraße 23 zu wohnen. Gleich beim Antritt ihrer Stellung packte sie sich in einem unbewachten Augenblick verschiedene Sachen ihrer Dienstgeber zusammen, die dann vermutlich durch eine von ihr bestellte dritte Person abgeholt worden sind. Die vorgebliche Fritsch selbst ist später auch verschwunden. Die Diebin, die auffallend langsam spricht und sehr überlegt auftritt, steht in der Mitte der zwanziger Jahre, ist von untersetzter Gestalt mit vollem Busen, blonden in mehreren Zöpfen um den Kopf gelegten Haaren, und geht stets ohne Kopfbedeckung.

* **Fahrraddiebstahl.** Ein Rad, „Marke Orkan", mit Gummibereifung wurde dieser Tage aus dem Grundstück Gartenstraße 30 gestohlen.

* **Eine Dobermannhündin** ist am 20. Juni zugelaufen; sie ist schwarz und trägt ein Halsband mit der Aufschrift „Diensthund". Näheres im polizeilichen Fundbureau.

* **Handel mit Karten, Papier und Pappe.** Der Polizeipräsident weist darauf hin, daß nach der Verordnung vom 17. 5. 18 im Stadtkreise Breslau Anträge auf Erteilung der Erlaubnis zum Handel mit Karten, Papier und Pappe beim Polizeipräsidium zu stellen sind, daß jedoch Personen, die bereits vor dem 1. Januar 1916 mit unbedrucktem und unbeschriebenem Papier, Karten und Pappe Handel getrieben haben, aus Anlaß der vorbezeichneten Verordnung keiner Handelserlaubnis benötigen.

* **Diebstahl im Physik. Institut.** Am 19. Juni vormittags wurde dort aus dem Kleiderraum zum Hörsaal ein roter Damenregenmantel, ein blauer Damengummimantel, in dessen Tasche hellgraue Handschuhe staken, und ein lilafarbener Damenseidenmantel gestohlen. In allen Mänteln befanden sich Straßenbahnkarten.

* **Große Wohnungseinbrüche.** In eine Wohnung Breitestraße 8 sind am 17. Juni Einbrecher eingedrungen; drei Rock-Anzüge) ein blauer, ein schwarzer, ein dunkler ein heller Jackettanzug, ein grauer Sommer-, ein dunkler Winterüberzieher, 6 Oberhemden, 14 Handtücher, 4 Bettbezüge, 12 wollene Hemden, 10 Unterhosen, 12 gestrickte Unterhemden, 4 bunte Tischdecken, ein Paar neue Schnürschuhe, ein Paar Hausschuhe und ein Handkoffer fielen ihnen zur Beute. — Am 18. d. M. ist dann eine Wohnung Herderstraße 25 von Einbrechern heimgesucht worden, die daraus eine braunlederne Geldtasche mit 140 Mark, ½ Dutzend silberne Kaffeelöffel, ½ Dutzend versilberte Kaffee- und ½ Dutzend versilberte Eßlöffel, eine rotbraune Geldtasche mit Inhalt, ein Opernglas aus Perlmutter, einen Kasten mit Seife, einen braunen Zierkamm, eine Marmoruhr und sämtliche Lebensmittelmarken entwendet haben. In der Nacht zum 18. wurde ein Bodenkammereinbruch im Hause Kaiser-Wilhelmstraße 5/7 verübt, wobei aus 4 erbrochenen Kammern Sachen im Werte von mehreren tausend Mark erbeutet worden sind, u. a. ein Rohrplattenkoffer, ein schwarzer lederner Musterkoffer, mit lila Sammet ausgeschlagen, sodann Herrenkleider, darunter ein blauer Flauschulster, ferner eine Menge Damen- und Kinderkleider.

* **Gasvergiftung.** Am 20. Juni nachmittags wurde die 68 Jahre alte alleinstehende Cäcilie Winkler in ihrer Wohnung Paulstraße 1 tot im Bett vorgefunden; sie hatte sich mit Gas vergiftet. Der Körper war bereits völlig erstarrt. Die Leiche wurde ins Schauhaus überführt.

Kunst, Theater und Vergnügungen.

(Näheres im Anzeigenteil.)

Theater: Stadttheater. Heute „Der Bettelstudent". Sonnabend „Der fliegende Holländer". Sonntag „Der Postillon von Lonjumeau". — Lobe-Theater. Vom 22. bis 25. Juni: Gastspiel des Neuen Theaters in Frankfurt a. Main mit: „Die Koralle" und „Judiths Ehe". — Schauspielhaus (Operettenbühne). Heute bis Sonntag „Drei alte Schachteln". Sonntag nachmittag für kriegsbeschäftigte Arbeiter „Die Rose von Stambul".

Varietees, Kinos etc.: Liebich-Theater. Allabendlich „Blitzblaues Blut". — Viktoria-Theater. Heute „Die Kinokönigin". Sonntag nachmittag zum letzten Male „Der Juxbaron".

Kriegsnachrichten.

Kohlen und Kleider.

Berlin, 21. Juni. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion befaßte sich am Donnerstag mit der Kohlenfrage. Die Fraktion war sich darüber einig, daß in dieser Angelegenheit energische Maßnahmen getroffen werden müsse, um eine Besserung herbeizuführen. Ebenso hat die Fraktion beschlossen, wegen der Kleiderabgabe geeignete Schritte zu tun, da die jetzt verfügte Form der Abgabe nicht zweckmäßig sei und außerdem zu ungerechtfertigten Härten führen könnte.

Jetzt gilt „im Grunde" jeder als abgabepflichtig, der mehr wie 2 Anzüge hat, während man doch erst bei denen kräftig ansetzen müßte, die mehr als 10 haben.

Schlesien und Posen.

Graf und stellvertretender Landrat.

In Schwarzenau (Prov. Posen) erregte am Sonnabend, den 8 Juni, folgender Vorfall den der „Vorwärts" berichtet, nicht geringes Aufsehen: Am Bahnhof Schwarzenau hatte eine Landsturmpatrouille den Auftrag, die Gepäckstücke der abfahrenden Reisenden auf Lebensmittel zu untersuchen. Kurz vor Abgang des Zuges traf noch ein Wagen mit mehreren Gepäckstücken ein, deren eines schon äußerlich auf Fleischinhalt schließen ließ, denn es sickerte frisches Blut durch die Ritzen. Die diensthabenden Soldaten E. und G. verlangten Oeffnung. In diesem Augenblick trat ein Herr hinzu und erklärte: „Ich gestatte die Durchsuchung meines Gepäcks auf keinen Fall. Ich bin der Graf Schwerin und stellvertretender Landrat!" Als sich der Posten seiner Pflicht gemäß hierdurch nicht imponieren ließ, fragte der Graf weiter: „Wer hat Ihnen den Auftrag gegeben, die Sachen zu untersuchen?" Antwort: „Der Herr Distriktskommissar Severin in Schwarzenau." „Dann werde ich den Herrn Distriktskommissar anläuten." Dies geschah, und siehe da, der Herr Distriktskommissar erteilte dem Posten den „Befehl", den Herrn Grafen unbehelligt abreisen zu lassen. — Vor dem Gesetz sind zwar alle Preußen gleich, aber wie man sieht, kann es trotzdem nichts schaden, wenn man der Graf Schwerin und stellvertretender Landrat ist. Besser ist besser.

Wüstegiersdorf, 20. Juni. Eine Leiche wurde am Montag aus dem Merzbachteiche herausgefischt, es wird angenommen, daß es der seit zirka 1½ Jahren vermißte Arbeiter Schmidt aus Blumenau ist.

Fellhammer, 21. Juni. Festgenommen und dem Kgl. Amtsgericht in Gottesberg zugeführt wurde hier der Bäckergeselle Artur Kahlert, der mit einer selbstgefertigten Lebensmittel-Abgabebescheinigung Lebensmittelmarken auf dem hiesigen Amt erschwindeln wollte. Der Beamte entdeckte aber den Schwindel und veranlaßte die Festnahme.

Glatz, 20. Juni. Jugendlicher Massenbrandstifter. Die Untaten des erst sechzehnjährigen Massenbrandstifters Fritz Lindner aus Kobelau beschäftigten jetzt wiederum das Gericht, nachdem er erst kürzlich wegen zweifacher Brandstiftung zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden ist. Bei dieser Verhandlung wurde festgestellt, daß Lindner auch noch vor Jahresfrist im Schwabeschen Gasthause in Kobelau im Pferde- und Rinderstall Feuer angelegt hat, welches das gesamte Gebäude und über 200 Zentner Heu und Stroh vernichtete. Unter Einbezug der erwähnten Strafe lautete das Urteil gegen Lindner auf eine Gesamtstrafe von 5½ Jahren Gefängnis.

Posen, 19. Juni. Unter trichinoseverdächtigen Erscheinungen schwer erkrankt ist die Familie des Vogtes Kotecki in Bugaj bei Miloslaw. Die Mutter ist bereits gestorben. Der Zustand der anderen Familienmitglieder ist sehr ernst.

Glogau, 19. Juni. Ein arges Mißgeschick ereilte vor wenigen Tagen den Gefangenenposten des Dominiums W. hiesigen Kreises, dem vom dortigen Gutsverwalter der Abschuß der Rehböcke übertragen worden war. Den edlen Jagdhund des Gutsherrn an seiner Seite, versuchte er sein Glück und schickt ihn sodann ins hohe Roggenfeld auf die Suche. Da kommt auch vermutlich schon ein Rehbock: ein Krach und der edle Jagdhund ist tot, getroffen von der Kugel des Jägers. Ein „Bock war geschossen", aber kein Rehbock.

Posen, 20. Juni. Ueberfahren. Auf dem Sapiehaplatz wurde hier ein 2½ Jahre alter Knabe von einem Rollwagen überfahren, wobei er so schwer verletzt wurde, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Leiche wurde nach der elterlichen Wohnung gebracht.

Wreschen, 18. Juni. Ein großes Schieber- und Schmugglernetz wurde hier ausgehoben. Der Hauptbeteiligte ist ein hier wohnender Kaufmann Rothenberg aus Peisern, der bereits verhaftet ist. In seiner Wohnung wurden Unmengen von Waren aller Art gefunden.

Beuthen OS., 20. Juni. An unsere Abonnenten! Sehr häufig kommt es vor, daß die Zeitung unpünktlich ausgetragen, oder gar nicht zugestellt wird. Das liegt lediglich an dem oft neuen, uneingerichteten und wechselnden Posthilfspersonale. Wir bitten unsere Leser, nicht wie es wiederholt vorgekommen ist, 14 Tage oder einen ganzen Monat zu warten und dann das Geld zurückzuverlangen, denn das Geld ist eingezahlt und kann auf keinen Fall zurückerstattet werden. Wer seine Zeitung nicht bekommt, beschwere sich direkt und sofort beim Postamt Beuthen oder wende sich an Genossen J. Degler, Beuthen OS., Kopfstraße 11.

Briefkasten.

Alle mündlichen und schriftlichen Anfragen (mit Ausnahme der Anfragen von Feldpost-Lesern), werden nur gegen eine Bezugs-Quittung der „Volkswacht" erteilt. Briefliche Auskunft wird nur an auswärtige Leser in dringenden Fällen erteilt, an Breslauer Leser nicht.

Fahrer W. E 40: Krankheiten des Herzens; X 56: gibts in unserem Verzeichnis nicht.

J. R. W. 1. Deshalb durfte der Wirt nicht kündigen. 2. Sie müssen sich sofort ans Amtsgericht wenden. 3. und 4. Am besten ist, Sie gehen selbst aufs Amtsgericht und lassen sich vom Gerichtsschreiber vernehmen. 5. Nach unserer Ansicht müßten Sie den gewünschten Erfolg haben. 6. Rufen Sie nur das Amtsgericht sofort an, spätestens binnen drei Tagen.

K. 22. Linke-Hofmann-Werke in Breslau.

W. B. 100. Nein, das geht nach unserer Ansicht nicht. Ihre Angehörigen müssen sofort an das Generalkommando schreiben.

G. Sch., Peisterwitz. Dazu hat der Vorgesetzte kein Recht. Wenden Sie sich an den Kompagnieführer.

W. A. G. G. Ihre Mutter soll nochmals an den Landrat schreiben; etwas anderes ist nicht zu machen.

H. Sch. 51. Der Mietszuschuß kann, muß aber nicht in diesem Falle nachgezahlt werden. Ihre Frau soll den Gemeindevorsteher um Nachzahlung bitten.

W. Der Wirt könnte Sie erst vom 1. April 1919 an erhöhen, vorher nicht, denn er ist an den Vertrag gebunden. Kommt es zu einer Mietssteigerung, so können Sie noch das Kriegsmieteamt, an der Elisabethkirche 3/4, anrufen. Das muß aber dann sofort geschehen.

J. R. 59. 1. Die Kinder-Versicherung wird bei der Steuer abgerechnet, die Verbandsbeiträge werden in der Regel nicht abgerechnet. 2. Auf das Alter kommt es garnicht an, sondern auf das Einkommen. Auch der 16jährige Sohn kann zur Steuer veranlagt werden, wenn er das nötige Einkommen hat.

J. P. B. Darüber ist öffentlich nichts bekannt. Sie müssen an die Eisenbahn-Direktion Kattowitz schreiben.

D. in Reichenau. Ohne Bezugsquittung gibts keine Auskunft. Die Bezugsquittung erhalten Sie auf Wunsch von der Zeitungsträgerin.

W. in Brieg. 1. Es kann nur an den Zivilvorsitzenden der Ersatzkommission (Landrat) oder an den Truppenteil geschrieben werden. 2. Den Anfragen ist stets eine Bezugsquittung beizulegen.

K. W. 28. Die Wehrunterstützung kann entzogen werden, wenn Bedürftigkeit nicht mehr vorliegt. Das ist gesetzliche Vorschrift.

W. U. Erkundigen Sie sich ... das wird nach Ihrer Heimkehr geregelt.

Arm.-Geld. D. Davon verstehen wir nichts, können also leider nicht helfen. Versuchen Sie, die Blätter ... schneiden.

Fahrer W. M. Unseres Wissens ist der Untern... dazu verpflichtet.

M. U. 160. In diesem Falle können Sie auch 3½ Pfd. Brot verlangen. Bitten Sie den Truppenteil, ... Ihnen das Brot liefert und die Kosten dafür abzieht; ... glauben aber nicht, daß er darauf eingeht.

Schütze L. Eg. Uns ist kein solches Mittel bekannt ... beste ist, Sie wenden sich an einen Arzt.

Feldpost. Musketier Adolf Quarg, Beverloo, bis ... bez. — Wehrmann Aug. Nolle, 3/74: 4 Mk., bis 16. 10. ... — Landstm. P. Scheibisch 5 Mk. angel. — J. Rieger ... 3 Mk., bis 31. 8. bez. — Krankenträger Heinrich Schu... 3 Mk., bis 31. 8. bez. — Schütze Wloch, Jäger-Batl. 22: 1 ... bis 30. 6. bez. — Fahrer Wilhelm Prdschel 2 Mk. und ...blatt angel. — Dragoner Fritz Mauche bis 19. 7. bez. ... Unteroff. Joh. Puder, 4/456: 4 Mk., bis 24. 10. bez. — ... Felix Rippert, 1/74: 3 Mk., bis 30. 9. bez. — Schütze ... Mücke, 3/28: 2 Mk., bis 1. 9. bez. — Feldbäcker Gefr. Nic... 3 Mk., bis 31. 8. bez. — Landstm. Langfeld bis 18. 10. ... — Landstm. Hampel: Geld erh. — Flieger Kupiers: Zei... schicken wie alle Tage ab. — Wehrm. Dittmann: Geld erh. — Pionier Lasak: Geld erh. — Kanonier Kolodziejczyk: Geld ... Gefr. Kleinert: Geld erh. — Musketier Hubert: Geld erh. ... F. R. 17 bis 27. 5. bez. — Reservist Frai: Geld erh. ... Sergeant Freiheit bis 15. 8. bez. — Sergeant Bier bis ... bez. — Kanonier Chronsky bis 2. 8. bez. — Gefr. Jos. Ge... 10/34: 5 Mk. angel., bis 31. 8. bez.

Schöne und preiswerte
Blusen
Batistkragen
u. Untertaillen
finden Sie in der
Blusen-Ecke
Schmiedebrücke 58
Ecke Nadlergasse.
5008

Der Herr v. Punkaharju
Roman von
Erik Nordgreen.
231 Seiten, bisher 1.80 Mk. nur 50 Pf.
Buchhdlg. Volkswacht
mod. Antiquariat.

Arbeiter-Frauen
bezieht Euch bei Einkäufen auf die
„Volkswacht".

Die Rätsel des Lebens.
Die Geschichte eines Grüblers,
von
O. Hoffmann.
135 Seiten, bisher Mk. 1.50 nur 50 Pf.
Buchhdl. Volkswacht
mod. Antiquariat.

Amtliche Anzeigen

Voranmeldung für Lebensmittel.

1. Es werden voraussichtlich demnächst abgegeben werden auf

Lebensmittelmarke 47:		Hülsenfrüchte
Lebensmittelmarke 48:		Teigwaren
Lebensmittelmarke 49:		Marmelade
Nährmittelmarke 75	weiß:	Grieß
	blau:	Gerstenerzeugnisse
	rot:	Hafererzeugnisse.
Nährmittelmarke 76	weiß:	Zwieback
	blau:	Reis
	rot:	Zwieback
braune Nährmittelmarke 85:		Morgentrank

Die aufgerufenen Marken sind von Sonnabend, den 22., bis Dienstag, den 25. Juni, vorzulegen und zwar:

a) die weiße, blaue und rote Nährmittelmarke 76 in einem durch roten Aushang kenntlichen Schokoladen- und Zuckerwarengeschäfte oder in einer Feinkosthandlung,

b) die übrigen Marken in einem der bekannten verkaufsberechtigten Geschäfte.

2. Die Verkäufer haben die gesammelten Anhänge bis spätestens 26. Juni in einer der bekannten Warenabgabestellen in vorgeschriebener Form einzureichen.

Breslau, am 20. Juni 1918. 6276

Stadtverteilungsstelle.
Dr. Wagner.

Schlesisches Schokoladenhaus-Verkaufsstellen: Frankenstein, Breslauerstr. 5. o Gleiwitz, Wilhelmstr. 24. o Hindenburg, Kronprinzstr. 137. o Schwientochlowitz, Bahnhofstr. 1. o Kattowitz, Grundmannstr. 13, Myslowitz, Ring 16. o Tarnowitz, Krakauerstr. 6.

Im Reiche der Sterne
von
Paul Heegard
Neu bearbeitet und erweitert von **Felix Erber**
Mit 168 Abbildungen —— in gutem Leinenband Mk. 4.60
Bei Postversand von Einzel-Exemplaren 30 Pfg. Porto
Zu beziehen durch die Volkswacht-Buchhandlung und Kolporteure.

Bestellschein.
An die Volkswacht-Buchhandlung in Breslau, Neue Graupenstraße 5/6.
Bestelle hiermit ... Exemplar:
Im Reiche der Sterne
(in gutem Leinen) zu Mk. 4.60.
Betrag ... anbei. — in Wochenraten à Mk. 0.50.
(Nichtzutreffendes bitte durchstreichen.)
Name: ——
Ort und Straße: ——